

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsbeilage...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr... beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wofür wir demonstrieren!

Es ist, als ob alle großen Probleme, vor die der Kapitalismus die arbeitende Menschheit gestellt hat, zu gleicher Zeit aufgerollt werden sollen.

Das Proletariat ist die Grundlage, auf der unsere ganze Gesellschaft ruht, und seine ökonomische Unentbehrlichkeit ist zugleich in letzter Instanz wirkende Kraft, die es befähigt, zum Motor des geschichtlichen Fortschritts zu werden.

Der Besitzende dagegen ist alles als Privatperson, weil er Privateigentümer ist. Seine Sphäre ist vor allem das Privatrecht. Und es liegt in der gesellschaftlichen Stellung der bestehenden Klassen, daß sie diesen ihren ökonomischen Charakter auch politisch zur Geltung zu bringen suchen.

Der Besitzende dagegen ist alles als Privatperson, weil er Privateigentümer ist. Seine Sphäre ist vor allem das Privatrecht. Und es liegt in der gesellschaftlichen Stellung der bestehenden Klassen, daß sie diesen ihren ökonomischen Charakter auch politisch zur Geltung zu bringen suchen.

So wird jeder Zusammentritt des preussischen Landtages zu einer Herausforderung zum Kampfe, zu einem Schlachtfeld, der die arbeitenden Massen auffordert, stets eingedenk zu sein, daß sie in Preußen entrechtet, daß sie hier Staatsbürger zweiter Klasse sind, daß sie weniger Rechte haben als die Bürger Süddeutschlands und Elß-Lothringens.

Daß die Forderung der politischen Macht aber zur unmittelbarsten Lebensnotwendigkeit des Proletariats geworden ist, diese Wahrheit verleiht ihm jetzt der Kapitalismus mit den fürchterlichen Geißeln der Leuerung und der Kriegesgefahr ein.

Die Regierung selbst hat die schwere Belastung der Volksmassen anerkennen müssen. Sie hat auch einige Maßnahmen ergriffen. Doch es waren Scheinmaßnahmen, nicht zur Abhilfe der Not, sondern zur Beweidung der steigenden Erregung bestimmt.

klären lassen, daß sie keine weiteren Maßnahmen ergreifen will! Sie anerkennt die Fleischnot, sie beklagt die schwere Belastung der Volksmassen, aber die Diktatur der Junker, die im preussischen Schandwahlrecht verankert ist, gestattet ihr nicht, über Konstatierungen und Klagen hinauszugehen.

Und politische Macht gilt es auszuüben, um die entsetzliche Möglichkeit eines Weltkrieges zu verhindern. Wenn der Balkanbrand so große Gefahren mit sich führt, so deshalb, weil der deutsch-englische Gegensatz, der durch den Rüstungswahnsinn heraufbeschworen worden ist, Europa in zwei feindliche Lager zerrissen hat.

essen verbluten. Wenn die bürgerliche Gesellschaft nicht fähig ist, der Verschlechterung der Lebenshaltung Einhalt zu tun, wenn sie die Kultur der Welt in einer unerhörten Massenschlächtereie zu vernichten droht, dann hat sie ihre Unfähigkeit erwiesen, dann ist die Stunde ihrer Herrschaft vorbei, dann muß sie abtreten und dem Sozialismus das Feld überlassen, der die Lösung der Probleme kennt, an denen ihre Regierungskunst verzweifeln muß.

Den Willen zum Sozialismus, den Willen zur Erhaltung des Friedens, den Willen zur Steuerung der Not, den Willen zur Erringung der politischen Demokratie, den Willen in dieser Zeit zu beweisen. Die große Stunde fordert ein großes Geschlecht. Von der Entschlossenheit und der Kraft des Proletariats hängt es ab, ob die arbeitende Menschheit ihren Aufstieg zu den Höhen der Kultur ruhig und ungestört gehen kann, oder ob der Kapitalismus noch einmal sie in die verderblichen Greuel des Krieges hineinreißt.

Diesen Willen werden in diesen Tagen die Arbeiter Preußens, die Arbeiter Deutschlands und bald auch die Arbeiter der ganzen Kulturwelt demonstrieren. In diesem Bewußtsein werden die Arbeiter Berlins am kommenden Sonntag nach Treptow ziehen und ihre Massenmeeting zu einer würdigen Kundgebung ihrer politischen Einsicht und ihrer politischen Reife gestalten.

Die Türkei gegen den Balkanbund.

Die Türkei hat die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien, Serbien und Griechenland abgebrochen, ihre diplomatischen Vertreter abberufen und erklärt, daß sie die Forderungen der Balkanstaaten nicht nur als unerfüllbar, sondern als Beleidigung betrachte.

Unterdessen fahren die Diplomaten fort zu versichern, daß eigentlich alles in Ordnung sei und sie schon die weitere Ausdehnung des Brandes verhindern werden. Namentlich die russische Diplomatie ist wie immer bei solchen Gelegenheiten mit Beteuerungen ihrer Friedensliebe besonders verschwenderisch.

Mit größter Befriedigung muß betont werden, daß gerade in dem Augenblick, wo sich die Balkanfrage verschärft, die gemeinsamen Bestrebungen und der gemeinsame Wille, den Frieden zu erhalten, den Grund zu einer Annäherung und einem aufrichtigen Reingausaustausch zwischen dem Petersburger und dem Wiener Kabinett bilden.

Die türkische Erklärung wird wahrscheinlich heute durch ein Manifest an die Armees erfolgen. Der allgemeine Balkankrieg hat begonnen.

Zu gleicher Zeit läßt auch das österreichische auswärtige Ministerium ähnliche Friedensschonreden ertönen. Die schönen Worte lassen höchstens darauf schließen, daß von den beiden Mächten vielleicht momentan keine Friedensstörung zu befürchten ist, bieten aber nicht die geringste Gewähr für die Zukunft.

Schwindel. Denn man weiß, daß der Krieg ausgebrochen ist, gerade weil Oesterreich und Rußland mit seiner Verhinderung nicht einig waren und die Herstellung dieser Einigkeit auch den Bemühungen der französischen Regierung nicht gelang.

Außerordentlich widersprechend lauten heute die Nachrichten vom montenegrinischen Kriegsschauplatz. Während aber die Eroberung von Tuzi und die Einnahme von Hum auch von anderer Seite bestätigt werden, kann dies von den türkischen Siegesmeldungen nicht gesagt werden.

Zur Abberufung der türkischen Gesandten. Konstantinopel, 15. Oktober. In türkischen politischen Kreisen wird erklärt, daß die Pforte es nicht für wert hielt, die überreichte Note zu beantworten.

Sofia, 16. Oktober. Der türkische Geschäftsträger verlangte gestern Abend seine Pässe. Die Mitglieder der türkischen Gesandtschaft werden wahrscheinlich heute über Exaribrod abziehen.

Die Kriegserklärung Bulgariens. Sofia, 16. Oktober. Nach Mitteilung von amtlicher Stelle hat der heutige Ministerrat bezüglich der Kriegserklärung keine Beschlüsse gefaßt.

Die Ablehnung des griechischen Ultimatum. Konstantinopel, 16. Oktober. Die gestern Abend verbreiteten Nachrichten, die Regierung habe beschlossen, die griechischen Schiffe freizugeben, sind unrichtig.

Die stolze Türkei. Konstantinopel, 16. Oktober. Die offiziöse „Yeni Gazetta“ schreibt, der Abbruch der diplomatischen Be-

ziehungen bedeute keine Kriegserklärung. Die Türkei würde nur einer gleichstehenden Macht den Krieg erklären und ziehe deshalb vor, daß die Kriegserklärung von Bulgarien, Serbien und Griechenland ausgehe.

Vom Kriegsschauplatz.

Die Montenegriner im Vormarsch auf Stutari.

Podgorica, 15. Oktober. Die Festung Hum, die letzte Befestigung zwischen Tuzi und Stutari, hat sich mit der Garnison ergeben, die gefangen genommen wurde. Unter den Gefangenen befinden sich 62 Offiziere, darunter der Kommandant von Tuzi.

Saloniki, 15. Oktober. Die Montenegriner sind, verstärkt durch Malissoren, nach erbitterten Kämpfen weiter gegen Stutari vorgedrungen, da die türkischen Truppen noch nicht die Offensive ergreifen konnten und die auf dem Wege nach Stutari befindlichen Verstärkungen noch nicht eingetroffen sind. Auch viele Tausend Anrainer aus den Bezirken Tirana und Dibra gehen zum Schutze Stutaris ab. Auf türkischer Seite läßt man sich durch die ersten scheinbaren Erfolge der Montenegriner nicht verblüffen, da man wohl weiß, daß sie die gewonnenen Stellungen nicht halten können.

Ein türkischer General gefallen.

London, 16. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus Cetinje wird gemeldet, daß auf der Linie Djelopolis bis Lezno heftige Gefechte stattgefunden haben. Der türkische General Sadredin Bey ist im Gefecht bei Scirofa getötet worden.

Türkische Vorbereitung zum Angriff.

Paris, 16. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus Konstantinopel meldet der „Temps“, daß täglich 30 Büge, jeder 25 Wagen lang, mit 10 000 bis 12 000 Reservisten aus Anatolien gegen die bulgarische Grenze abgehen. Derzeit sind vor Adrianopel 250 000 Mann versammelt. Die Türkei will sofort die Offensive ergreifen.

Der Friedensschluß mit der Türkei bedeute, meint der „Temps“, für die Balkanstaaten eine solche Enttäuschung, daß sie sich leichter mit den Türken verständigen werden. Die ersten Schlachten werden vermutlich nicht entscheidend sein, außer wenn ein zerstückelnder Sieg die Verbündeten rasch vor Konstantinopel führen würde. Die Balkanstaaten müssen jedenfalls sehr eilen, wenn sie ihre jetzt noch vorhandene Ueberzahl auszunutzen wollen. Die Diplomatie der Großmächte könne bei der durch den Friedensschluß geschaffenen Situation leichter Gelegenheit zur Beendigung des Krieges finden.

Der Konferenzvorschlag Poincarés existiere augenblicklich nicht. Die Nachricht wäre vorige Woche wahr gewesen und könne wieder wahr werden. Jedenfalls bedeute der Empfang, den sie gefunden, eine Verheißung für die Zukunft. Der „Temps“ versucht auch die angebliche Zustimmung griechischer Deputierter zur kriegerischen Haltung ihrer Regierung gegen die Haltung der französischen Arbeiterpartei auszunutzen. Nur schade, daß die Nachricht eine Ente ist, denn griechische Sozialdemokraten gibt es leider erst sehr wenige und sozialistische Deputierte überhaupt nicht.

Bernünftige Ansichten äußert das „Journal des Debats“ über den tripolitanischen Raubzug. Viele Italiener werden jetzt vielleicht die Ergebnisse sehr mager finden. Der Imperialismus ist eben ein sehr kostspieliges Ding und in dem gegebenen Fall bringt er überhaupt nichts ein, außer dem Verlust des italienischen Prestiges im ganzen Orient. Die Aufgabe der Inseln werde eine Enttäuschung für die fanatisierte öffentliche Meinung Italiens sein.

Türkische Verstärkungen.

Saloniki, 16. Oktober. Bedeutende türkische Verstärkungen sind nach Stutari unterwegs. Den türkischen Truppen gelang es, starke gegen Stutari vordringende montenegrinische Streitkräfte bei Tuzi zu schlagen und ihnen sehr schwere Verluste zuzufügen. Die Versuche des Feindes, Stutari von der Seite des Vojnaslusses her anzugreifen, wurden vereitelt.

Türkische Siegesmeldung.

Konstantinopel, 16. Oktober. Meldungen aus türkischer Quelle zufolge sollen vier türkische Bataillone in der Gegend von Krania 8000 Montenegriner zersprengt haben. Wie verlautet, haben die Montenegriner bedeutende Verluste erlitten; man spricht von 500 Toten. (?)

Die Haltung der Diplomatie.

Der Konferenzvorschlag.

London, 15. Oktober. Wie das Reutersche Bureau erzählt, haben die Vorschläge Poincarés für eine Konferenz der Mächte noch nicht die Form eines endgültigen oder formellen Vorschlages zu diesem Zweck angenommen, und können es auch nicht, bevor die Anschauungen aller Mächte bekannt sind. Es ist offenbar, daß die schwebenden Unterredungen über diesen Gegenstand nicht die sofortige Abhaltung einer Konferenz betreffen können, da die Feindseligkeiten bereits ausgedrochen sind. Der Wunsch Frankreichs wie der aller anderen Großmächte ist es, durch jedes mögliche Mittel europäische Verwicklungen zu verhindern, die sich aus der gegenwärtigen Balkanlage ergeben könnten, und jeden Schritt zu unternehmen, der geeignet ist, solche Möglichkeiten zu verhindern. In dieser Absicht hat Poincaré ursprünglich eine europäische Konferenz vorgeschlagen zum Zweck der Verhinderung der Feindseligkeiten. — Jetzt, da der Kampf begonnen hat, sind Unterhaltungen im Gange, die eine Konferenz der Mächte bezwecken, sobald sich eine Gelegenheit für eine endgültige Lösung der Balkanfrage bietet. — Leider kann, so lange die Feindseligkeiten fortdauern, nicht viel Nützliches versucht werden. Aber entgegen anders lautenden Gerüchten diskutieren die Großmächte über die Frage, durch welche Mittel es möglich ist, die Orientfrage zu lösen. Das Einvernehmen unter den Großmächten ist bereits vollständig und die Ereignisse der nächsten Zukunft werden es wahrscheinlich nur noch inniger gestalten. (?) In dieser Hinsicht dürfte kein Grund zu Besorgungen vorliegen.

Einmal zu spät, das andere Mal zu früh.

Paris, 16. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) In bezug auf das Gerücht von dem Plan einer Konferenz oder einer Vermittelung, der auf die Initiative des Ministerpräsidenten Poincaré zurückzuführen sei, ist es vielleicht zu früh, von einer Vermittelung zu sprechen, so lange die Mächte sich weiter bemühen, eine Verständigung der Feindseligkeiten zu verhindern; auch von einer Konferenz zur Beendigung des Krieges kann wohl nicht gesprochen werden, solange der Krieg, abgesehen von Montenegro, noch nicht ausgedrochen ist. Immerhin ist es sicher, daß die Diplomatie sich nicht nur mit Augenblicksmitteln beschäftigt, sondern auch mit Mitteln, die für die Zukunft nützlich sein werden

um Frieden herbeizuführen und die gegenwärtig ganz verworrene Lage zu regeln. Eine Konferenz ist von diesem Gesichtspunkte aus das Mittel, das festgehalten werden muß, um zum Gegenstand ernsthafter Prüfung gemacht zu werden. Man kann sich nur beglückwünschen zu sehen, daß schon jetzt die Diplomatie sich damit beschäftigt. Der Friedensschluß zwischen der Türkei und Italien scheint die Haltung der Balkanstaaten nicht ändern zu sollen. Ein bewaffneter Konflikt erscheint immer noch unmittelbar bevorstehend.

Die englischen Arbeiter gegen den Krieg.

London, 16. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Idee der von dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré angeregten Konferenz hat bei der Londoner Presse keine enthusiastische Aufnahme gefunden. Die „Times“ schreiben: Augenscheinlich hat man von Poincarés Anregung zuviel Befens gemacht; sie scheint noch keine sehr bestimmte Gestalt angenommen zu haben. Aber jede Aktion, wie unscheinbar sie auch sein mag, die zur Erhaltung der Interessengemeinschaft der Mächte hilft, würde willkommen sein. Die Provinzialpresse verspricht sich mehr von dem Vorschlag und einige Blätter haben es sogar für möglich gehalten, daß die Mächte noch jetzt dem Krieg Einhalt gebieten können. Doch ist hier wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Industriegegenden, namentlich Manchester fangen schon an, durch den Krieg schwer zu leiden, da die Balkanländer zu den besten Stunden der englischen Textilindustrie gehören. Die Äußerungen der Presse und Publizisten sind im allgemeinen so zögernd und einander widersprechend, daß es schwer ist, den Standpunkt der Parteien zu präzisieren. Das in ausländischen Fragen zu beachtende Blatt „Daily Graphic“ schreibt heute: Wir scheinen kaum zu wissen, was wir wollen, und ein lähmender Fatalismus ist an die Stelle der konstruktiven staatsmännischen Kunst einer anderen Generation getreten.

Das von radikalen Unterhausmitgliedern und Führern der Arbeiterpartei unterzeichnete Friedensmanifest hat hier einen guten Eindruck gemacht. Die Zeitung der Arbeiterpartei in Manchester, der „Daily Citizen“, kritisiert heute scharf die Politik Grey und weist auf die Interessengleichheit der arbeitenden Massen aller Länder hin. Das Londoner Arbeiterblatt „Daily Herald“ verlangt die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses zur Beratung der kritischen Lage.

Der türkisch-italienische Friede.

Dachau, 16. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) Nach dem Protokoll über den Präliminarfrieden soll zunächst ein Traktat des Sultans erscheinen, durch das die Autonomie Tripolitaniens und der Cyrenaika verkündet wird, und dann ein Dekret des Königs von Italien, durch das eine Regierung für Libyen auf der Basis der Souveränität Italiens eingesetzt wird. Die ottomanische Regierung wird sich verpflichten, der Bevölkerung der Inseln des Ägäischen Meeres, welche sich gegen sie erhoben hat, Amnestie zu gewähren. Alsdann wird der definitive Friedensvertrag unterzeichnet werden, dem unmittelbar die Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern folgen wird.

Die Friedensbedingungen werden später veröffentlicht.

Italienische Pressstimmen zum Friedensschluß.

Rom, 16. Oktober. Die Blätter besprechen das in Dachau zustandgekommene Abkommen günstig. „Messaggero“ schreibt: Die Tatsache, daß die Türkei dem Willen Italiens erst nach Stellung eines Ultimatum nachgab, beweist, daß das Abkommen von Dachau vollkommen die Rechte und die Würde des siegreichen Italien wahrte. In dem Frieden, zu dem man heute gekommen ist, wäre man morgen nur über Verluste und Opfer eines noch größeren Krieges gekommen. — „Popolo Romano“ sagt: Das Land nimmt mit Genugtuung die Nachricht vom Frieden auf, der den Sieg in glücklicher Weise krönt. Italien hat sein Ziel erreicht: Die Anerkennung der Besitzergreifung Libyens in einem formellen Vertrag, der die unerlässliche Grundlage für die Anerkennung durch die anderen Mächte war. Auch den Soldaten und allen, welche bei dem Unternehmen mitgewirkt haben, und der Regierung Giolitti, welche die Besitzergreifung mit Klugheit, Tatkraft und Energie durchführte. — „Vita“ sagt: Die Türkei hat unsere Eroberung anerkannt. Italien hat sich eine große Kolonie und einen zur Verteidigung des Mittelmeeres hervorragenden Platz gesichert. Die große Mehrheit unseres Vaterlandes wird fühlen, daß unser Vaterland einen Aufschwung erlebt und seinen Platz in dem die Welt beherrschenden Konzert wieder einnimmt.

Reaktionäre Provokationen!

Während sich das preussische Proletariat rüstet, den Kampf um die endliche Erringung seiner politischen Rechte von neuem mit gesteigerter Energie auszunehmen, wagt die Reaktion der Kräfte und Schlotjunker dem empörten Volke eine Politik des störrigsten Trostes entgegenzusetzen. So sind einflussreiche Kreise des Nationalliberalismus am Werke, sich der Wahlrechtsreform mit brutalstem Egoismus entgegenzusetzen. Eine Rede des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Fuhrmann, die am 6. Oktober in der Ausschussung des „Nationalliberalen Reichsverbandes“ gehalten wurde, zeugt von der Geschäftigkeit dieser reaktionären Triebkräfte. Herr Fuhrmann selbst ist ja ein längst abgestempelter Reaktionär, von dem beispielsweise im Jahre 1910 das Wort kolportiert wurde: es erscheine ihm zweifelhaft, ob Bismarck recht daran getan habe, dem Volke das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu geben! Es kann deshalb nicht Wunder nehmen, daß Herr Fuhrmann die innige Zusammengehörigkeit von Industrie- und Nationalliberalen betonte und als Beweis für die natürliche Waffenbrüderschaft erwähnte, daß die Industrie insbesondere „ein vitales Interesse an der Bekämpfung und Niederrückung der Sozialdemokratie habe!“ Aber wenn man auch berücksichtigt, daß Herr Fuhrmann und der Nationalliberalen Reichsverband nicht die nationalliberale Partei selbst sind, so verdient doch der Passus der Rede des Herrn Fuhrmann besondere Beachtung, der hervorhob, daß in der preussischen Landespolitik und in ihrer nächsten und wichtigsten Aufgabe, der Reform des preussischen Wahlrechts, zwischen den Nationalliberalen und der preussischen Landtagsfraktion volle Uebereinstimmung herrsche:

„Mit der Landtagsfraktion und ihrer Führung fordern auch wir das geheime und direkte Wahlrecht unter Beseitigung der Dreiteilung in den Urwahlbezirken, die eine wirksame Durchföhrung des Prinzips des Dreiklassenwahlrechts darstellt. Dem darüber möchten wir keinen Zweifel lassen: nachdem der von der Fraktion gewiesene Weg des Pluralwahlrechts sich als kaum gang-

bar erwiesen hat, halten wir an dem im Klassenwahlrecht vorhandenen Prinzip der nach der Steuerleistung abgestuften Wahl fest und werden uns jeder weiteren Demokratisierung dieses Wahlrechts aufs schärfste widersetzen. Hier trennt uns und, wie wir annehmen, die gesamte preussische Landtagsfraktion, von der fortschrittlichen Volkspartei und ihrem Drängen nach Erweiterung des preussischen Wahlrechts zum Reichstagswahlrecht hin, eine unüberbrückbare Kluft.“

Man brauchte dem Herrn Fuhrmann seine Versicherungen keineswegs aufs Wort zu glauben, wenn nicht die ganze bisherige Haltung der preussischen nationalliberalen Landtagsfraktion ihre Richtigkeit bewiesen hätte. Haben doch die preussischen Nationalliberalen im Landtag so wenig einen Zweifel darüber gelassen, daß sie das infame Geldwahlrecht im Prinzip unangetastet lassen wollen, wie darüber, daß ihnen das wichtigste der ganzen Wahlreform die Aufhebung der Steuerdifferenzierung in den Urwahlbezirken war, also eine weitere Verschlechterung der herrschenden Wahlrechtschmach! Das preussische Proletariat tut deshalb gut, sich aller Illusionen über nationalliberale Wahlrechtsversprechen von vornherein zu entschlagen und sich nur auf seine eigene Kraft zu verlassen!

Wessen sich das Proletariat aber vom Krattjunktur-tum zu gewärtigen hat, das beweist die Nachricht, daß die Konservativen an Stelle des verstorbenen Herrn v. Erffa den berüchtigten Junker v. Brandenstein zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Aussicht genommen haben sollen. Dies Präsidium wäre das ausgesprochenste Kampfspräsidium, das sich denken läßt. Denn Herr v. Brandenstein war nicht nur einer der wildesten Eiferer für die Verschandelung der Geschäftsordnung durch den schmachtvollen Hausnechtsparagrafen, sondern er hat auch später noch den Antrag auf eine weitere Revision der Geschäftsordnung gestellt, die natürlich nichts anderes bezwecken sollte, als die Rechte der Minorität vollends unter die junckerlichen Reifstiefel zu treten. Wes Geistes Kind der in Aussicht genommene Nachfolger der Ströcher und Erffa ist, bezeugt auch folgende zeitgemäße Reminiscenz: Als am 29. Januar 1908 das Junkerparlament gegen die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen witterte, war es kein anderer als Herr von Brandenstein, der die junckerlichen Wünsche am ungerierlichsten aussprach. Er sang ein hohes Lied auf Tessenborn, der nicht erst abgewartet habe, bis ihm die Polizei Material über begangene Ausschreitungen geliefert habe, sondern der sofort energig eingeschritten sei. So hätte auch diesmal eine zielbewußte Staatsanwaltschaft handeln müssen, wenn man es nicht vorgezogen habe, die Massen unter die Feuerprüge zu nehmen. „Wir müssen das allmähliche Einzerzieren der Revolutionsbataillone abschaffen und die Schule des Aufruhrs schließen.“

Preussische Wahlrechtskollaten, gebt am Sonntag durch Euren Massenmarsch den reaktionären Provokateuren die gebührende Antwort!

Die Teuerung.

Hollernmähigung für Gemeinden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß der Bundesrat in seiner Sitzung vom 10. Oktober dem Gesetzentwurf auf Ermäßigung der Einfuhrzölle auf 18 Mt. für ausländisches Fleisch vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1914 zugestimmt hat. Die Begründung in dem Kanzlerorgan wiederholt die bereits bekannten — und genügend widerlegten — Gründe der preussischen Regierungserklärung. Ueber die Bedingungen für die Gewährung der Vergünstigung wird folgendes mitgeteilt:

Das Fleisch muß von der Gemeinde für eigene Rechnung aus dem Ausland bezogen und ohne jeden Gewinn für die Gemeindefasse entweder an die Verbraucher selbst oder unter der Bedingung des unmittelbaren Verkaufs an die Verbraucher zu bestimmten Höchstpreisen an Fleischverkäufer abgegeben werden. Die Gemeindebehörde setzt die von den Verbrauchern zu zahlenden Preise und die den Weiterverkäufern vorzuschreibenden Höchstpreise fest und macht die Preise und die Verkaufsstellen öffentlich bekannt. In den Verkaufsstellen müssen die Preise durch Anschlag in deutlicher Schrift zur Kenntnis der Käufer gebracht werden. Die Absicht, von der Zollermäßigung Gebrauch zu machen, hat die Gemeinde der für sie zuständigen Zolldirektionsbehörde unter Vorlegung einer Erklärung über die Festsetzung der Verkaufspreise mitzuteilen. Die Zollbeträge können der Gemeinde für drei Monate ohne Bestellung einer Sicherheit gestundet werden.

Kein ausländisches Fleisch für Potsdam.

Wie aus einem in der Konferenz der Interessenten für die Versorgung Groß-Berlins mit ausländischem Fleisch verlesenen Schreiben des Landwirtschaftsministers hervorgeht, wird die Genehmigung zur Mitversorgung gewisser Orte mit ausländischem Fleisch u. a. auch Potsdam verweigert. Die Stadt hatte bereits mit dem Schlächtergewerbe einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Fleischvertriebsplan fertig. Sie wird gegen den Ausschluß Potsdams aus dem Fleischversorgungsgebiet Groß-Berlins Einspruch erheben. Man findet die Ausschaltung Potsdams hier völlig unverständlich, zumal Potsdam von jeher in der Hauptsache vom Berliner Schlächtermarkt seinen Fleischbedarf bezog. Dabei hat Potsdam die höchsten Fleischpreise.

Städtische Maßnahmen.

In Frankfurt a. M. scheint die von der Stadt eingeleitete Aktion zur Verbilligung der hohen Fleischpreise bereits ihre Wirkung zu äußern. Einer Versammlung der Fleischerrinnung soll nämlich der Vorschlag auf Reduzierung der Preise für Rindfleisch unterbreitet werden und zwar, wie man glaubt, um 10 Pf. pro Pfund.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober 1912.

Um die Petroleummonopolgesellschaft.

Ehe noch die Petroleum-Vertriebs-Gesellschaft gegründet ist, ja ehe es überhaupt gewiß ist, daß der Reichstag seine Zustimmung erteilt, liegen sich die Großbanken bereits um den Hauptanteil in den Haaren. Die Diskonto-Gesellschaft und das Bankhaus Bleichröder haben sich von dem Gründungs-konfortium zurückgezogen, weil — nach ihrer eigenen Mitteilung — dieses „diejenigen Garantien verweigerte, die nach der Uebergangung der genannten Firmen erforderlich sind, um eine völlig unabhängige, nicht einseitigen Interessen dienende Organisation und Verwaltung der Petroleummonopolgesellschaft zu gewährleisten. Die Dresdner Bank hat sich diesen Erwägungen angeschlossen, daneben aber auch erhebliche Bedenken gegen den Inhalt des Gesetzes und die Konstruktion des Geschäftes geltend gemacht, welche ihr eine Mitwirkung nicht opportun erscheinen ließen.“

Kauffällig ist es jedenfalls, daß die Deutsche Bank ganz plötzlich auf ihren Einfluß bei der Deutschen Erdöl-A.G. verzichtet hat. Finanzielle Interessen an der Monopolgesellschaft scheinen ihr größeren Erfolg zu versprechen, als ihr Verbleib bei der Erdöl-A.G., die mit dem amerikanischen Trust zusammenhängt. Schon jetzt spricht man davon, daß die Deutsche Bank zwei Aufsichtsratsitze in der Monopolgesellschaft erhalten soll, und daß der soeben aus der Erdöl-A.G. ausgeschiedene Direktor E. S. Stauff, ein Mitglied der Deutschen Bank, im Vorstand der neuen Gesellschaft vertreten sein wird. Das rege Interesse einzelner Banken und gewisser Petroleum-interessentenkreise an dem Zustandekommen des Monopols läßt den Plan etwas verdächtig erscheinen. Um so dringender ist zu fordern, daß die Regierung nähere Mitteilungen darüber macht, wie man die Interessen der Verbraucher zu wahren gedenkt. Der bloße Erfolg eines offenen Privatmonopols des amerikanischen Petroleumtrusts durch ein verstecktes Monopol nicht-amerikanischer Produzenten unter staatlicher Garantie bietet für die Konsumenten nichts Verlockendes, wenn diese Interessen nicht von vornherein berücksichtigt werden und eine ständige Kontrolle durch die Volksvertretung gewährleistet erscheint.

Herr Mugdan.

Man schreibt uns: Bis zu welchem Grad die fortschrittlichen Juden Berlins ihre Selbstentmännung treiben können, und was andererseits diesen Mannesgeiern von der Leistung ihrer Partei geboten werden kann, davon legt die Aufstellung des Sanitätsrates Dr. Mugdan als Kandidat für die Abgeordnetenwahl Zeugnis ab. Bekanntlich hat der Sanitätsrat Dr. Mugdan die Heilswahrheiten der christlichen Kirche durch die Taufe erst im reifen Mannesalter erkannt und zufällig gerade zu einer Zeit, als die antihemitische Hochflut der Fortschrittspartei die Aufstellung jüdischer Kandidaten nicht mehr opportun erscheinen ließ. Den Wissensdurstigen könnte der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Eichhoff nähere Mitteilungen machen.

Vor uns liegt nun die Abschrift eines Briefes der Sanitätsrats Dr. Mugdan, worin er zugibt, erklärt zu haben, daß er bei einer Stichwahl zwischen Söder und einem Sozialdemokraten für Söder eintreten wolle. Diese Erklärung sei aber nicht öffentlich, sondern in Bekanntenkreisen abgegeben worden.

Im dieswöchentlichen Organ des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, „Im Deutschen Reich“, veröffentlicht der Zentralverein in beweglichen Worten eine Erklärung, wonach er sich mehrfach an den Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei gewandt habe, von der Kandidatur Dr. Mugdans abzusehen, aber alles war vergebens. Wir werden also das erhebende Schauspiel erleben, daß Juden als Wahlmänner selbst diesem sozialistischen Neugegane die Steigbügel halten, damit er sich in das Dreiklassenhaus hineinschwingt, das seiner Freilich in vollem Maße würdig ist.

Difficile est, satiram non scribere!

Rücktritt des Fiskus vom Kohlenyndikat.

Der offiziöse Draht meldet: Nachdem das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat für 1913/14 eine erneute allgemeine Erhöhung der Richtpreise ungeachtet der von der staatlichen Bergverwaltung erhobenen Bedenken beschlossen hat, hat der Handelsminister von der Erneuerung des für das laufende Jahr geltenden Verkaufsabkommens mit dem Syndikat Abstand genommen.

Die Kritik weiter Kreise an der Tatsache, daß die Vertreter der fiskalischen Gruben einer Preiserhöhung zustimmten, hat jetzt das Ministerium veranlaßt, den Vertrag mit dem Kohlenyndikat überhaupt zu lösen. Der Fiskus wird demnach seine Produkte dem Syndikat nicht mehr zur Verfügung stellen und wieder eine eigene Preispolitik treiben können. Allerdings ist dadurch, daß der Fiskus nicht mehr im Schlepptau privatmonopolistischer Kreise erscheint, noch nicht die Gewähr geboten, daß der Fiskus nun allein die Interessen des Konsums besser wahren wird.

Zur Nachwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis.

Im ersten Berliner Reichstagswahlkreis stehen sich nicht nur Genosse Dinnell und der bisherige Reichstagspräsident Dr. Kaempf als Streiter gegenüber, auch die Demokraten und Konservativen stellen, wie wir gestern bereits berichteten, eigene Kandidaten auf, und wie es scheint, verpürt sogar die Ortsgruppe der Reichspartei das dringende Verlangen, mit einem eigenen Kandidaten in den Wahlkampf zu ziehen. Die „Voll“ läßt sich nämlich von „parlamentarischer Seite“ schreiben:

„Der Zornausbruch der „Vossischen Zeitung“ über die Absicht der Konservativen, bei der Nachwahl in dem ersten Berliner Reichstagswahlkreis einen eigenen Kandidaten aufzustellen, ist nicht nur, wie bereits hervorgehoben, völlig unbedeutend, sondern auch geradezu sinnlos, denn nur, wenn die rechtsstehenden Wähler bei der Hauptwahl Mann für Mann an die Wahlurne gebracht werden, kann nach dem Stimmresultat der Januarwahl Herr Kaempf mit seinem sozialdemokratischen Mitbewerber in die engere Wahl kommen. Daß nur bei der Stellung entschiedener nationaler Kandidaten die rechtsstehenden Wähler vollständig bei der Hauptwahl ihre Stimmen abgeben werden, unterliegt keinem Zweifel und ist nach dem Verhalten der freisinnigen Volkspartei bei den letzten Wahlen und nach denselben nicht nur erklärlich, sondern auch gerechtfertigt.“

Aus diesem Grunde wird voraussichtlich auch die Ortsgruppe der Reichspartei entweder allein oder im Verein mit den Konservativen einen rechtsstehenden Kandidaten im ersten Berliner Wahlkreis aufstellen. Wie man sich bei einer etwaigen Stichwahl zu stellen haben wird, kann späterer Erwägung überlassen bleiben. Eigentlich müßte nach dem Stichwahlabkommen vom vorigen Frühjahr seitens der Sozialdemokraten bei einer solchen die damals so erfolgreich angewandte „Dämpfung“ der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung eintreten, denn auch in Berlin I könnte nach den vorhandenen Parteiverhältnissen der sozialdemokratische Kandidat nur mit direkter oder indirekter Unterstützung der Reichspartei den Sieg erlangen. Sollten gleichwohl die Sozialdemokraten ihren Wahlbundesbrüdern das Präsidialmandat abgeben wollen, wird es von dem Verhalten der freisinnigen Volkspartei selbst abhängen müssen, wie die rechtsstehenden Wähler sich bei der Stichwahl verhalten haben werden. Jedenfalls ist die Wiederwahl des bisherigen Reichstagspräsidenten mehr als fraglich, und es ist daher sehr möglich, daß die Präsidialkandidatur vom vorigen Frühjahr eine neue Auflage erfährt.“

Im Gegensatz zu den konservativen Blättern machen „Schweiburgs“ „Berliner Politische Nachrichten“, die offiziöse Korrespondenz verschiedener Reichsämter, in lebhafter Weise

Stimmung für die Wahl Kaempfs. Ein ganz sicher offiziös inspirierter Bahlaufruf für Kaempf besagt, daß der Gedanke eigentlich nahe liege, gerade bei dieser Wahl eine Niederlage des fortschrittlichen Kandidaten herbeizuführen, als Rache für das Stichwahlabkommen, das die Fortschrittler mit den Sozialdemokraten geschlossen haben. Ein solches Verfahren müßte auch eine nützliche erziehlige Wirkung auf die Fortschrittliche Volkspartei nach der Richtung ausüben, daß sie erkennen müßte, daß sie nicht unbetrastet sich mit den Sozialdemokraten gegen die positiven Parteien in Wahlbündnisse einlassen könne.“ Für das Schweiburgsche Organ unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß in den Kreisen der rechtsstehenden Wähler Erwägungen solcher Art vielfach Platz greifen und darum wartet der Offiziosus:

„Wenn gleichwohl nicht dringend genug davor gewarnt werden kann, ihnen Folge zu geben, so sprechen dafür unabweisliche Rücksichten allgemeiner politischer Natur, wie solche besonderer Art. Es wäre für die Sozialdemokratie ein überaus großer und für ihre Propaganda ganz unschätzbare Triumph, wenn sie das letzte bürgerliche Reichstagsmandat in der Reichshauptstadt eroberten. Ihr Sieg wäre daher gleichbedeutend mit einer schweren politischen Niederlage des antisozialdemokratischen deutschen Bürgertums im ganzen. Der Triumph der Sozialdemokraten würde in ihren Augen aber noch besonders hart werden infolge des Umstandes, daß der erste Berliner Wahlkreis das Kaiserhofloß und seine Bewohner in sich schließt und man daher in sozialdemokratischen Kreisen einen Wahlsieg in diesem Wahlkreis als eine Art von Erfolg über die kaiserliche Politik ausgehen würde. Auch dieser Umstand enthält für die monarchisch gesinnten Wähler des ersten Berliner Wahlkreises die zwingende Aufforderung, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen, ihre Stimmen dem allein aussichtsreichen bürgerlichen Kandidaten Kaempf zuzuwenden und so die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf einen großen Erfolg zu nichte zu machen.“

Anscheint ist diese offiziöse Wahlauforderung mit Wissen Kaempfs erfolgt. Wir finden das nicht sehr vorsichtig gehandelt von einem Politiker, der eben erst sein Mandat niederlegen mußte, um der sicheren Ungültigkeitserklärung aus dem Wege zu gehen. Jedes anständige Parlament müßte sich verbitten, Abgeordnete in seiner Mitte zu haben, die der Beeinflussung abhängiger Leute durch die Regierung ihr Mandat verdanken. Und Kaempf rechnet doch wohl obendrein damit, wieder Präsident des Reichstages zu werden. Hoffentlich wird mit dem offiziellen Wahlbeeinflussungsversuch das Gegenteil dessen bewirkt, was er beabsichtigt, so daß der Reichstag gar nicht erst in die Lage kommt, sich mit den Bethmannischen Eingriffen in die Freiheit der Wähler des ersten Berliner Wahlkreises zu befassen.

Der krähende Hahn.

Köln, 15. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“). In einer am Mittwochabend in Köln abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirte verurteilte Dr. Diederich Hahn die Politik der Regierung, die sich der äußersten Linken fortgesetzt entgegenkommend zeige. Es wirke äußerst schädigend und rufe große Erregung hervor, wenn ein Staatssekretär, wie es Dr. Delbrück bei der Beratung des Versicherungsgesetzes getan habe, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen, als dieser sich etwas maßvoller als sonst ausdrückte, sage, er habe eine ritterliche Kampfesweise behundet. Dieses nütze die Sozialdemokratie weidlich aus. Im preussischen Landtag lasse man eine solche Politik nicht aufkommen; das sei das Verdienst des bestehenden Landtagswahlrechts!

Killerik!

Immer dieselben.

Um herauszubekommen, welche Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl für Welbel oder Scheidemann gestimmt haben, wandte die agrarische Presse das saubere Mandat an, bald von diesem, bald von jenem Abgeordneten zu behaupten, daß er im gebachten Sinne votiert habe. Man wollte damit Erklärungen der einzelnen Abgeordneten provozieren. Daß ein solches Vorgehen geradezu an Erpressung oder mindestens an Nötigung grenzte, machte den Agrariern keine Strapazie. Ein ähnliches Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien, plant jetzt der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, eine Tochtergesellschaft des Bundes der Landwirte. Generalsekretär Fahrenbach stimmt nämlich in der „Reichsdeutschen Mittelstands-Korrespondenz“ ein bewegliches Klagelied über den sozialdemokratischen Terrorismus an, der nur zu überwinden sei durch einen engen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien. Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, den man deutlicher als „Mittelstandsabteilung des Bundes der Landwirte“ bezeichnen könnte, will nun Richtlinien zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Terrorismus aufstellen. Die erwähnte Korrespondenz bemerkt dazu:

„Auch in diesem besonderen Falle wird man sich darauf beschränken, allen Ordnungsparteien ohne Ausnahme die Forderungen des Mittelstandes zu unterbreiten und vorbehaltlos alle zu unterstützen, die dafür einzutreten bereit sind. Außer dem doktrinareren bürgerlichen Radikalismus werden voraussichtlich alle Parteien des Bürgertums hier ihre Mitwirkung nicht verweigern, denn es handelt sich bei diesem Kampfe um die höchsten Güter unseres Volkes: um das allgemeine Wohl! Nur wenn er mit einem Siege des staatszerstörenden Bürgertums endet, stehen Thron und Altar auf festem Grunde, ist die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt des Volkes gesichert.“

Wenn eine bürgerliche Partei es ablehnt, die vom Mittelstandsverband unterbreiteten Forderungen des Bundes der Landwirte zu unterstützen, dann wird diese Partei als Bundesgenosse der Sozialdemokratie demarkiert. Es klingt geradezu wie Hohn, wenn diese unterferocere Sippschaft, deren ganze politische Existenz auf einem maßlosen Terrorismus sich aufbaut, vorgibt, den Terrorismus bekämpfen zu wollen.

Steuerreform in Sachsen.

In der Mittwochsitzung der Zwischendeputation des sächsischen Landtags zur Beratung der Gemeindesteuerreform kam es zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen. Dabei zeigte sich wieder die ganze Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen. Bei der ersten Lesung im Plenum des Landtages war ein Antrag der Sozialdemokraten, der das Verbot der Umsatzsteuer in den Gemeinden anspricht, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen worden. Bei der heutigen Abstimmung in der Zwischendeputation stimmten drei Nationalliberale mit den Konservativen gegen das Verbot der Umsatzsteuer. Der Beschluß des Plenums ist dadurch vorläufig wieder aufgehoben. Mit den Sozialdemokraten stimmten die drei anderen Mitglieder der Nationalliberalen sowie der freisinnige Abg. Pradau und der Bildliberale Langhammer, so daß 9 gegen 9 Stimmen standen und damit das Verbot abgelehnt war. Weiter wurde auch über die fogen. Umsatzsteuer nach Chemnitzer Muster beschlossen. Die Regierungsvorlage verlangte, daß 10 Proz. des Umsatzes als Reingewinn von den Gemeinden besteuert werden könnten. Es wurde beschlossen, diesen Satz auf 6 Proz. herabzu-

setzen. Ob allerdings im Plenum dasselbe Resultat zustandekommt, ist fraglich, da sicher der linksstehende Teil der Nationalliberalen mit der Haltung ihrer Vertreter in der Zwischendeputation nicht einverstanden sein dürfte. Im übrigen soll die Abstimmung eventuell noch wiederholt werden.

Der neue Votschaffer in London.

Wie die „Nordb. Allgem. Ztg.“ meldet, ist der Wirkliche Geheime Rat Fürst von Shtchegolew zum Votschaffer in London ausersehen. Fürst von Shtchegolew ist geboren am 8. März 1860 zu Kreusenort. Nach Beendigung seiner Studien trat er in das Garde-Husaren-Regiment ein. Im Jahre 1884 trat er zur Diplomatie über und war zuerst Attaché an der Londoner Botschaft. Sodann war er verschiedenen anderen Botschaften zugeteilt und wurde 1890 Vortragender Rat im auswärtigen Amt. In dieser Stellung war er bis zum Jahre 1904 tätig. Dann zog er sich vom Staatsdienst zurück, um sich der Bewirtschaftung seiner ausgedehnten Liegenschaften in Schlesien zu widmen.

Zentrum und Fleischnot.

Nach dem Berichte der „Kölnischen Volkszeitung“ über den in Coblenz abgehaltenen Zentrumsparietag für den Regierungsbezirk Köln hat dort der Reichstagsabgeordnete Schiffer eine Rede zur politischen Lage gehalten, worin er in bezug auf die Fleischnot und die Schutzollfrage gesagt hat:

„Es wäre ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft, durch eine empfindliche Herabsetzung der Zölle oder gar durch den Freihandel den deutschen Markt dem Auslande auszuliefern... Im Prinzip des Zollschutzes müssen wir festhalten, aber wir vergeblich (!) uns auch nichts, wenn in Zeiten fühlbarer Not mal eine Ausnahme gemacht wird. Das trifft auch zu auf die praktischen Maßnahmen der Städte. Uns Zentrumsleute kann es mit freudigem Stolz erfüllen, daß gerade die Metropole des Rheinlandes, die Stadt Köln, mit ihrer Zentrumsmehrheit auf dem Rathaus zuerst und in wirksamster Weise Reformen durchgeführt hat. Ja, Köln ist eine moderne Stadt und das Zentrum ist eine moderne Partei! (Bravo!)“

Herr Schiffer ist der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes. Unter dem 7. September 1913 hat das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an die Ortsstelle ein vertrauliches Schreiben verfaßt, in dem den Kartellen empfohlen wurde, „in den größeren Orten Versammlungen abzuhalten, in denen zur gegenwärtigen Fleischnot Stellung genommen werden kann“. Einschlägiges Material für die Redner könne durch das Generalsekretariat bezogen werden; für die „seitens der Versammlung etwa anzunehmende Entschließung“ könne der nachstehende Entwurf als Grundlage dienen. In diesem Entwurf hieß es unter Ziffer 6:

„Schon jetzt sind Erwägungen und Untersuchungen darüber anzustellen, inwiefern nach Ablauf des jetzigen Zolltarifgesetzes die künftige Zollgesetzgebung und die auf ihr basierenden Handelsverträge Erleichterungen schaffen können, wodurch die Fleischversorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Großstädten und Industriezentren, sichergestellt werden kann.“

Durch die oben wiedergegebenen Äußerungen des christlichen Gewerkschaftsführers Schiffer wird deutlich genug verraten, was von diesem Passus in der gewerkschaftlichen Resolution zu halten ist: Er ist plumpste Demagogie, eine perfide Täuschung der christlichen Arbeiter.

Was nun die „moderne“ Stadt Köln mit dem „modernen“ Zentrum als Rathausmehrheit betrifft, so würde diese Mehrheit niemals daran gedacht haben, den Maßnahmen der städtischen Verwaltung gegen die Fleischnot zuzustimmen, wenn nicht die Sozialdemokratie als Einpeitscherin auch in diesem Falle hinter dem Zentrum gestanden hätte. Daß sich die Herren vom Zentrum in Wirklichkeit gar nichts aus der Not des Volkes machen, das haben sie tausendfach bewiesen. Und gerade hinsichtlich der Fleischnot hat die Kölner Zentrumsmehrheit in dieser Beziehung vor etlichen Jahren einen Beweis erbracht, den keine noch so löwende volksfreundliche Phrase aus der Welt schaffen kann: Damals waren von Volksversammlungen, von der Schlichtermission, von den Birten usw. Anträge an die Stadtverordneten gestellt worden, die in eindringlicher Form Abhilfe der Fleischnot forderten. Die Erbitterung ging bis tief in die Reihen der sonst so gottgegebenen Zentrumsanhänger. Nur die Kölner Zentrumsstadtverordneten schienen von der Fleischnot nichts zu spüren; denn als die Fleischnot auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stand, da erwies sich die Versammlung als beschlußunfähig. Mehr als die Hälfte aller Stadtverordneten hatte es nicht für nötig befunden, sich zum Rathaus zu bemühen, um von der Regierung Abhilfe gegen die traurigen Zustände zu fordern. Und was das Ungeheuerlichste an der Sache ist: es war das erste Mal nach zwei Jahren, daß in Köln eine Stadtverordnetenversammlung beschlußfähig war. Durch den Oberbürgermeister erfährt man dann, daß genau so viel Zentrumsstadtverordneten, wie an der Beschlußfähigkeit fehlten, nicht erschienen waren, obwohl sie in Köln weilten. So sieht es in Wirklichkeit mit der von Herrn Schiffer so gepriesenen Kölner Zentrumsmehrheit aus.

Größere Eingemeindungen in die Stadt Lübeck.

wurden am Montag von der dortigen Bürgerschaft beschlossen. Der Stadt einverleibt wurde das Seebad Travemünde und elf Landgemeinden, in denen die industrielle Entwicklung Lübeds besonders stark in die Erscheinung tritt. Lübeds Einwohnerzahl erhöht sich durch die Eingemeindung um rund 11 000 Seelen; sie beträgt damit etwas mehr als 110 000. Die Sozialdemokraten stimmten für die Eingemeindung, weil sie davon eine Vereinheitlichung der Verwaltung und sanitäre, soziale und pädagogische Vorteile für die Bevölkerung erwarten.

Die Arbeiter der Reichswerft in Kiel.

hielten Montagabend eine Massenversammlung ab, in der die wirtschaftliche Lage der Arbeiter der Reichswerft eingehend besprochen und die Parteilichkeit, mit der die letzten Entlassungen vorgenommen worden sind, scharf kritisiert wurde. Die Versammlung beschloß schließlich eine Resolution, durch die der Arbeiterschuß und die Organisationsleitung beauftragt werden, die Wünsche und Forderungen der Arbeiter, wie sie in den Eingaben von 1907 und 1909 niedergelegt sind, erneut dem Reichsmarineamt zu unterbreiten. In der Resolution wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Kündigungen und Entlassungen der verheirateten und älteren Arbeiter zurückgenommen werden.

Frankreich.

Gegen die Lehrergewerkschaft.

Paris, 15. Oktober. Der Untersuchungsrichter hat wegen Vergehens gegen das Syndikatsgesetz von 1884 die Vorstände der Lehrervereine des Seine-Departements und einwundzwanzig Mitglieder des Syndikatsvorstandes, darunter den Präsidenten, vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen.

Gewerkchaftliches.

Gekennzeichnete Gelbe.

Den gelben Fleischergefelln in Frankfurt war von ihren freigeordneten Kollegen vorgeworfen worden, daß sie sich von den Meistern, bezw. deren Innung „schmieren“ ließen. Das war den gelben Führern zuviel gesagt und ihre Führer Weida und Kleinhanz strengten Klage an. Mit welchem Erfolge ergibt sich aus dem Verlauf der Verhandlung.

Kleinhanz mußte zugeben, daß tatsächlich die Innung auf ihre Kosten Feste der gut gesimten Gesellen veranstaltet, indem sie sogenanntes Ballgeld zur Verfügung stellt, das dann durch die Gurgel gejagt wird. Ferner gab Kleinhanz zu, daß die Angehörigen der gelben Gewerkschaft von den Meistern veranlaßt werden, ihnen die Gesellen zu nennen, die dem Zentralverband angehören. Die Denunziation der Arbeitskollegen ist also unter Eid zugegeben.

Der Verteidiger fragte den Zeugen, er sei wohl auch sehr für den Schutz der Arbeitswilligen, was Kleinhanz mit Begeisterung bejahte. Der Verteidiger erwiderte:

„Nun sagen Sie, wenn Sie so sehr den Schutz der Arbeitswilligen wollen, warum veranlassen Sie, daß freigeordnete Arbeiter, die gern arbeiten wollen, mit Hilfe der Innung ausgespart werden? Sind die auf die schwarze Liste gesetzten Freigeordneten nicht auch Arbeitswillige?“

Darauf blieb Kleinhanz die Antwort schuldig. Kleinhanz gab weiter zu, daß sich selbstverständlich seine Organisation einer Arbeitseinstellung nicht anschließen würde, und daß selbstverständlich die Gelben ohne weiteres bereit seien, im Falle eines Streiks die Blöße der Freigeordneten einzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie alle durch die übrigen besetzt werden.

Der Ankläger beantragte auch Verurteilung wegen Verleumdung.

Der Verteidiger führte aus, daß der Standpunkt der Gelben, wie er durch die Beweisaufnahme zutage getreten sei, ein lüthlich wahrhaft verwerflicher sei. Es sei bewiesen, daß die Weggerinnung gesimungstreuen Arbeitern Geld zur Verfügung stelle, nicht etwa für Kulturzwecke und zur Förderung ihrer wirklichen Interessen, sondern zum Pressen und Säufen. Verrat sei es auch, wenn durch solche Schmiegelder verführt, die Angehörigen der gelben Gewerkschaften es tatsächlich fertigbrachten, ihre Mitarbeiter, die sie selbst Kollegen nennen, der Nachsicht der Meister zu überantworten, damit sie auf die Prospektionsliste gesetzt werden können. Ein solches Verhalten zu charakterisieren, sei kein Wort zu schwer. Man könne es nicht anders nennen als Verrat an den eigenen Klassen-genossen. Daß aber im übrigen der eigentliche Zweck der gelben Gewerkschaften nur sei, Arbeitseinstellungen wirkungslos zu machen, sei durch die Aussage der Gelben selbst bewiesen. Eine Gewerkschaft, die sich so verhält, dürfe als Streikbrechertruppe bezeichnet werden.

Das Gericht erkannte die Ausführung des Verteidigers als richtig an und sprach die Angeklagten frei.

Berlin und Umgegend.

Die Affordmurer versammelten sich am Dienstagabend im „Gewerkchaftshaus“, um einen Vortrag von Hanke vom Deutschen Bauarbeiterverband über die Lage im Beruf mit Rücksicht auf den Ablauf der Tarifverträge im März 1913 zu hören. Der Verband hat seine Stellung zur Affordarbeit schon seit längerer Zeit revidiert und ist befreit, eine Verständigung zwischen Lohn- und Affordmurem herbeizuführen. Die früheren scharfen Meinungen haben der Gesamtheit der Arbeiter im Beruf großen Schaden gebracht. Diese Meinungen mußten verschwinden, sollte es gelingen, wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter durchzuführen. Das Bewußtsein, daß dazu die gemeinsamen Anstrengungen beider Gruppen von Murem notwendig sind, hat die Schwelung im Verbandsverhältnis, und nicht etwa eine Beforgnis vor den Kämpfen, die im Jahre 1913 im Baugewerbe drohen. Hanke führte aus, daß die Affordmure alle Ursache haben, die Bestrebungen des Verbandes zu fördern und die notwendige Sicherheit und Rückendeckung im Verbandsverhältnis zu suchen, wenn sie die Stellung der Unternehmer ihnen gegenüber näher betrachten, besonders in den letzten fünf Jahren: Die Unternehmer entzogen sich fast allen eingegangenen Verpflichtungen, sobald die Lage im Baugewerbe ungünstig wurde, und die Affordmure waren machtlos dagegen. — Bei Kämpfen, die die Lohnmure führten, wußten die Unternehmer die Affordmure gegen ihre Kollegen in Lohn auszuspielen. — Auf Affordbanten sind die familiären Verhältnisse in der Regel miserabel, und die Forderungen der Arbeiter finden kein Gehör. — Die Ueberstundenarbeit nimmt auf Affordbanten gewöhnlich einen großen Umfang an, die neun Stunden werden im Sommer oft weit überschritten. — Und die Freiheit der Arbeit, die oft gerühmt wird, ist illusorisch. Gegen den Kolonnenführer getraut sich der einzelne gar nicht aufzutreten, weil er immer fürchtet, von den anderen im Stich gelassen zu werden. — Die Preise aber, die früher einmal auf ziemlich hohe Stufen, sind immer schlechter geworden. Man kann nicht sagen, daß die einzelnen Bauunternehmer den großen Vorteil davon haben, wenn die Arbeiter sich jetzt so sehr schinden und plagen müssen. Gerade jetzt sind die Bankrotte an der Tagesordnung. Den Vorteil haben die Verzinsungsgesellschaften, die Hypothekendarlehen und andere Geldinstitute. Die Arbeiter aber müssen einsehen, daß sie sich auf eigene Kraft nur verlassen können; es darf keinen Anreiz mehr geben, sondern die feste Vereinigung aller in ihren Organisationen muß die Parole sein. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat beschlossen, auch für die Affordmure feste Forderungen anzustellen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Es ist nun die Aufgabe der Affordmure, diese Bestrebungen, die von den Unternehmern belächelt werden, eifrig zu unterstützen.

Zur Diskussion über Dankes Vortrag meldete sich niemand. Die Versammlung, die mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, wählte dann eine Kommission zur Vorberatung der aufzustellenden Forderungen für die Affordmure.

Im Berliner Bädergewerbe zeigt sich die gelbe Ohnmacht in einer Weise, die auch durch das tüchtige Geschehen der Drahtzieher nicht mehr zu bezweifeln ist. Ihr Stimmverhältnis bei allen das Gewerbe betreffenden Wahlen, das nach 1907 so stark war, daß sie es vermochten, in den damaligen Innungsrankenfassen die Majorität bei den Delegiertenwahlen zu erhalten, ist jetzt auf einen so kümmerlichen Rest zusammengeschrumpft, daß man beinahe von einem völligen Versinken der gelben Schlammflut sprechen kann. So fanden am Dienstag die Wahlen der Arbeitervertreter der Innungsrankenfasse für das Berliner Bädergewerbe statt. Diesmal mußten drei Wahlzweige gemacht werden, und zwar Ersatz für die im laufenden Jahre ausgeschiedenen, sowie Wahl der Delegierten für 1913 und Ersatz für 1913. Die gelben Nachher hatten wie bei früheren Wahlen wieder einen Verleumdungsflug gegen den Bäderverband inszeniert. Wieder sollte ein langjähriges Verbandsmitglied aus nichtigen Ursachen aus dem Verband hinaus-terrorisiert worden sein. Allein diese Lüge zog noch viel weniger als die früheren. Es wurden insgesamt abgegeben: für Liste 1: 584 Stimmen, davon erhielt der Verband 480, die Gelben aber 54, für Liste 2: 420 Stimmen, davon für den Verband 483 und für die Gelben 46 Stimmen, für die Liste 3: 534, davon für den Verband 488 und für die Gelben 48 Stimmen.

Noch bei der Wahl im Vorjahre vermochten die Gelben so ziemlich 16 Proz. der abgegebenen Stimmen auf ihre Liste zu verzeichnen, während der Verband 84 Proz. der Stimmen auftrug. Diesmal sind es im Durchschnitt etwa 9 Proz., während auf die Listen des Verbandes 91 Proz. aller abgegebenen Stimmen fielen. Diese ganz augenfällige Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht wird natürlich die gelben Drahtzieher nicht hindern, Behörden und Parlament weiter vorzumachen, daß sie so und soviel tausend Mitglieder besitzen.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung in Dessau.

Bei der Wahl zur Angestelltenversicherung in Dessau, die am Dienstag stattfand, stimmten von 1500 Wahlberechtigten 948. Davon erhielten:

Freie Vereinigung	281
Deutsch-Rationale	237
Kaufmännische u. technische Angestellte	331
Privatbeamtenverein	117

Von der Freien Vereinigung wurde zum Vertrauensmann Ingenieur Konrad Rose, zum ersten Erstaymann Arbeitersekretär Ernst Vöfel gewählt.

Zur Aussperrung der Dedensrohre in Hannover. Drei Wochen dauert bereits der Kampf, und die Unternehmer machen alle Anstrengung, Rohrer nach dort zu holen. Beide Unternehmer sind nach Berlin gefahren, um Arbeitswillige mitzubekommen; zwei solcher Exemplare haben sie bekommen. In der vergangenen Woche sind noch drei Rohrer nach Hannover gekommen; zwei sind am letzten Sonnabend wieder abgeschoben, der dritte, von Beruf Musiker, ließ sich nicht zur Abreise bewegen. Die Arbeitsvermittlung für die beiden Unternehmer in Hannover hat ein Ausschdenrohreer Nag Runge, Berlin, Wiener Straße 44, übernommen. Als sich nicht die genügende Anzahl Arbeitswilliger meldete, ist Runge selbst nach Hannover gefahren und hat angefangen zu arbeiten. Die bis jetzt nach Hannover gekommenen erklären ständig, „nichts davon gewußt“ zu haben. Nach längerem Fragen stellt sich heraus, daß sie sehr wohl von der Situation unterrichtet sind. Es wird erwartet, daß sich kein Rohrer verleben läßt, nach Hannover zu kommen.

Belgische Studienkommission.

Beim Vorstand des Vergarbeiterverbandes in Bochum waren 65 Gewerkschaftler und Parteigenossen aus Belgien zu Gast, die sich über die Frage der gewerkschaftlichen Zentralisation informierten, die auf der Tagesordnung des bevorstehenden Kongresses der belgischen Vergarbeiter steht. Nach der Besichtigung des Verbandsgeländes fand eine eingehende Aufklärung und Unterweisung über den organisatorischen Aufbau und die Verwaltungsmethoden des Deutschen Vergarbeiterverbandes statt.

Ein Gewerkschaftsfest mit Hindernissen.

Saalabtreiber und Polizeischikane sind derzeit alltägliche Vorkommnisse, daß schon außerordentliche Umstände hinzukommen müssen, wenn sie irgendwie auffällig sein sollen. Ein so selten gearteter Fall ist von Buer in schwarzen Rüsterlande zu berichten. Das dortige Gewerkschaftskomitee beabsichtigte ein Gewerkschaftsfest zu feiern und schloß mit einem Saalinhaber, der gleichzeitig Stadtverordneter ist, einen Vertrag ab. Doch dieser bekam einige Tage vor dem Feste, nachdem bereits Anschaffungen und Bestellungen gemacht waren, einen Wink mit dem Zaunpfahl und fiel um. Die entstandenen Kosten trug er. Da gelang es dem Festkomitee, ein Sommerlokal zu erhalten. Mit der Pächterin wurde ein Vertrag abgeschlossen. Diese ließ ein Fest aufbauen. Dann aber traf zwei Tage vorher ein Schreiben der Rentverwaltung der gräflich Westphälischen Schloßverwaltung ein, monach der Pächterin verboten wurde, das Fest in den Anlagen auf Schloß Berge abzuhalten — widrigenfalls sie an die Luft gesetzt werden sollte. Die wiederum entstandenen Kosten wurden der Pächterin von der Gräfin von Westphalen mit 1200 M. ersetzt! Dann wies das Festkomitee eine Wiese, auf der ein großes Festzelt errichtet wurde. Einen Tag vor dem Feste lief eine sofortige Räumungsklage des Besitzers Freiherrn v. Twickel ein, die aber ihren Zweck verfehlte, weil sie an die falsche Adresse gerichtet war. So konnte denn endlich das Fest, an dem 4000 Personen teilnahmen und das einen sehr schönen Verlauf nahm, gefeiert werden.

Ausland.

Ein Landarbeiterstreik in Schottland.

London, 15. Oktober 1912. (Fig. Ber.) Vor kurzem wurde berichtet, daß die vor etwa zwei Jahren in Ostengland wieder ins Leben gerufene Landarbeiterorganisation im ganzen Inselreich bedeutende Fortschritte mache. Jetzt kommt die Nachricht aus Schottland, daß in East Lothian 1000 Landarbeiter in den Streik getreten sind. Sie verlangen eine Lohnzulage von 2 Schilling, was ihren Lohn auf 20 Schilling die Woche bringen würde. Ihre direkten Arbeitgeber sind nicht die Landwirte, sondern Unternehmer, die die Arbeitskräfte in Kolonnen zur Kartoffelernte an die Landwirte vermieten und täglich in Fuhrwerken zur Arbeitsstelle fahren. Gestern wurden diese Wagen von den Streikenden aufgehalten und die zur Arbeit fahrenden Landarbeiter bedrohen, sich den Streikenden anzuschließen. Dabei kam es zu mehreren Verhaftungen durch die Polizei. Einen regen Anteil an dem Kampf nehmen die Frauen, die sich vor die Wagen stellen und diese am Weiterfahren verhindern. Da in der Gegend Mangel an Arbeitskräften herrscht, hoffen die Arbeiter, ihre Forderung leicht durchsetzen zu können.

Soziales.

Ver spätete Ausbändigung der Invalidentarte.

Vor dem Innungsschiedsgericht lagte der Tischler Sch. gegen die Firma Schumann u. Mai aus Zahlung von 12,75 M. als Entschädigung für zwei Tage, weil ihm bei der Entlassung die Invalidentarte nicht ausgehändigt wurde. Außerdem fordert er 1,10 M. Restlohn. Die beklagte Firma wandte ein, sie habe am Entlassungstage des Klägers keine Invalidentarten im Geschäft gehabt; da der Kläger erklärt habe, er brauche die Papiere vorläufig nicht, setzen ihm diese erst nach drei Tagen zugefandt. Zur Zahlung eines Schadenersatzes wäre sie daher nicht verpflichtet. Der Kläger bestritt die ihm zugeschobene Erklärung und wies darauf hin, daß er sich ohne Papiere um keine andere Arbeit bemühen konnte. Mit Recht verurteilte das Gericht die Beklagte dem Klageantrag entsprechend. Die Papiere müßten dem Arbeiter bei der Entlassung in ordnungsmäßigem Zustande ausgehändigt werden. Das ist die Pflicht des Arbeitgebers. Ihre Nichterfüllung macht Schadenersatzpflichtig.

Zu geliebten Lande der Junker — verhungert.

Die agrarischen Blätter behaupten bekanntlich stets, nur in den Großstädten gebe es gedrücktes Elend. Auf dem Lande bräuchten die Menschen nicht zu hungern; insbesondere würde da in hinreichendem Maße für die Armen gesorgt. Jetzt muß die Junkerpresse in Ostpreußen aber folgenden Polizeibericht wiedergeben: Im Wartesaal in Allenstein starb plötzlich der 64jährige Landarme Adolf Neumann, der keinen festen Wohnsitz hat. Als Todesursache wird allgemeine Körperchwäche angenommen, die durch Unterernährung hervorgerufen zu sein scheint. A. hatte sich schon einen Tag lang in der Nähe des Bahnhofes aufgehalten und den Wartesaal öfter aufgesucht. Der Landproletarier ist also langsam verhungert; das geht deutlich aus dem Polizeibericht hervor. Er war ohne festen Wohn-

sitz. Seine früheren Arbeitgeber haben also vorzüglich verstanden, sich seiner zu erledigen, als er alt und arbeitsunfähig wurde. Denn in der Abschiebung solcher Leute — um den Armenlosen zu entgehen — sind unsere Großgrundbesitzer die reinen Virtuosen. Dem Landarbeiter steht also noch ein arbeitsreiches Leben in Aussicht, als Obdach- und Heimatloser auf der Straße zu verhungern.

Verfassungen.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung

wurden in nächster Zeit im Gebiet von Groß-Berlin vollzogen. Jetzt gilt es, den Versicherungsbedürftigen klar zu machen, wie sie zu stimmen haben, wenn ihre Interessen in den Vertrauensmännerkörperlichkeiten wirksam vertreten werden sollen. Zu diesem Zweck hatte die Freie Vereinigung am Dienstag wieder eine Versammlung eintreten. Die Angestellten aller Kategorien leisteten dem Hause in großer Zahl Folge. Bis auf den letzten Platz war der riesige Saal der „Neuen Welt“ gefüllt. Die Anhänger des Hauptausschusses, des Gegners der Freien Vereinigung, hatten sich nur in verschwindend kleiner Zahl eingefunden. Nachdem sie seinerzeit bei dem Versuch, die Versammlung in den „Germaniasälen“ zu sprengen, ein lässliches Fiasko erlitten hatten, verzichteten sie auf die Wiederholung des damaligen Wanders. Aber einige führende Personen vom Hauptausschuß waren zur Stelle. — Die Referenten Ingenieur Lüdemann und Reichstagsabgeordneter Giesel zeigten den Versammelten, daß das Privatangestelltenversicherungsgesetz an großen Mängeln leidet, die der Tätigkeit des Hauptausschusses zuzuschreiben sind. Der Hauptausschuß hat die Interessen der Angestellten verraten. Er hat die ursprünglich von ihm aufgestellten Forderungen preisgegeben, um eine Sonderklasse für die Privatangestellten durchzubringen, wodurch dem Ständebüffel einer kleinen Oberschicht Rechnung getragen wird zum Nachteil der großen Masse der Angestellten. Die Kandidaten des Hauptausschusses können deshalb nicht als Vertreter der Interessen der Angestellten angesehen werden. Soll das Gesetz in einem entschiedenen sozialen Sinne ausgeführt und der Weg für zeitgemäße Reformen freigemacht werden, dann müssen die Angestellten für die Liste der Freien Vereinigung stimmen, denn nur diese Organisation gibt die Gewähr für den sozialen Fortschritt.

Der stürmische Beifall, mit dem die Ausführungen der Referenten aufgenommen wurden, bewies, daß in dieser imposanten Versammlung kein Boden vorhanden war für die reaktionären Bestrebungen des Hauptausschusses. Seine Vertreter, die in der Diskussion sprachen, fanden hier keinen Anhang. — Fast einstimmig wurde die nachstehende Resolution angenommen:

„Die in der „Neuen Welt“ versammelten Privatangestellten Groß-Berlins erklären ihr Einverständnis mit den Forderungen der Freien Vereinigung zum Ausbau und zur Verwirklichung der Angestelltenversicherung. Sie verurteilen auf das schärfste die reaktionäre Politik des Hauptausschusses, der die Schuld an der mangelhaften und teuren Sonderversicherung trägt. Im Interesse des sozialen Fortschritts fordern sie alle Privatangestellten auf, bei den Wahlen der Vertrauensmänner nur für die Kandidaten der Freien Vereinigung zu stimmen.“

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion der Stukkateure.

In der Mitgliederversammlung, die am Montagabend bei Wille in der Sebastianstraße stattfand, erhaltete Dietrich den Bericht von der Landeskonferenz der Stukkateure, abgehalten am 6. und 7. Oktober in Frankfurt a. M. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit den Ergebnissen aus der Angliederung an den Deutschen Bauarbeiterverband. Diese Angliederung ist im allgemeinen glatt und zur Zufriedenheit der Mitglieder von statten gegangen, wenn auch einzelne Wünsche, zum Beispiel die Erhaltung des Hochorgans, nicht erfüllt werden konnten. — Der Kampf, der im Jahre 1913 im Baugewerbe droht, war ebenfalls Gegenstand der Erörterung auf der Konferenz, und ferner wurden Unterstützungseinrichtungen besprochen. In der Diskussion über Dietrichs Bericht betonten einige Redner die Wichtigkeit der Reiseunterstützung für Stukkateure, wofür auf dem nächsten Verbandstag einzutreten sei. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der „Hemmerfrage“, die darin besteht, daß vom 1. November ab alle Räume, wo Stukkateure arbeiten sollen, zugfrei und frostfrei sein müssen, während diese Vorschrift einmal von den Unternehmern nicht beachtet wird, dann aber auch von den Arbeitern nicht mit dem genügenden Nachdruck vertreten wird. Bengels fordert die Versammelten auf, für die Einrichtungen, die zu ihrem Schutze geschaffen sind, energisch einzutreten und sie nicht leichtfertig preiszugeben. Die Versammlung erneuerte einen bestehenden Beschluß zu dieser Frage. Der Beschluß lautet: „Wer wegen ungenügend verlassenen Räumen am 1. November die Arbeit einstellen muß, erhält die februarische Streikunterstützung. Wer sich nach dem 3. November meldet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung, ebensowenig derjenige, der nach dem 31. Oktober auf einem unbesetzten Bau anfängt.“ Die Versammelten besprochen zum Schluß noch die Verhältnisse im Arbeitsnachweis und einige interne Angelegenheiten.

Der Balkankrieg.

Internationaler Protest der Gewerkschaften gegen den Krieg.

Paris, 16. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Vorstand der Konföderation beschloß, an die ausländischen Gewerkschaftszentralen wegen gemeinsamer Demonstrationen heranzutreten. Außerdem wird morgen ein Manifest erscheinen.

Vom Kriegsschauplatz.

Bosnien, 16. Oktober. (B. T. Z.) Die Südarmerie unter General Martinowitsch hat nach kurzem heftigen Kampf die wichtige befestigte Stellung am Berge Kurilich gegenüber dem Berge Tarabosch besetzt. Die montenegrinische Artillerie hat die Vorbereitungen zur Beschließung des Tarabosch vollendet. Die Nordarmee unter General Bulowitsch setzt ihre Operationen gegen Berane fort, dessen Besetzung gestern durch 1500 Krieger aus Kostowo verstärkt wurde. Die mittlere Armee rüstet sich zum Marsche von Tuzi nach Stuari.

Verane genommen.

Bosnien, 16. Oktober. (B. T. Z.) Die Montenegriner haben nach zweitägigem Kampfe Verane genommen. Dabei machten sie 700 Gefangene und erbeuteten 14 Geschütze.

Gegen die Wiener Politik.

Belgrad, 16. Oktober. (B. T. Z.) In einem inspirierten Artikel bedauert das Regierungsbüro „Samouprona“, daß Oesterreich, welches nach eigener Erklärung keine territoriale Ambition mehr verfolgt, gegen eine eventuelle territoriale Vergrößerung Stellung nimmt. Serbien müsse, um nicht zu erkiden, freien Zugang zum Meere erhalten und wenn derselbe bloß durch einen schmalen Korridor ermöglicht würde. Die wirtschaftlichen Interessen Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan erheischen die Erhaltung der guten Beziehungen zu den Balkanstaaten. Eine Vereintrachtung dieser Beziehungen durch politische Bestrebungen müsse nicht nur beiden Balkanstaaten auf Widerspruch stoßen, sondern auch bei anderen mächtigen Staaten, welche den imperialistischen Ambitionen der Wiener Politik sich zu widersetzen das Recht und die Macht haben.

Haus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Nordhause...

Die heute stattfindende Generalversammlung erkennt an, daß der Parteitag in Chemnitz keine Arbeiten mit Fleiß erledigt hat.

Der Jahresbericht der sozialdemokratischen Partei des Agitationsbezirks Halle für die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912, den der Bezirksvorstand dem am kommenden Sonntag stattfindenden Bezirkskongress vorlegt...

Die Kommunalwahlen brachten gleichfalls wieder einen guten Fortschritt. Unter 402 sozialdemokratischen Gemeindevorsteher (gegen 314) im Vorjahr befinden sich 76 Stadtverordnete.

Der Parteitag des niederrheinischen Agitationsbezirks fand am Sonntag und Montag in Hagen i. W. statt.

Kleines feuilleton.

Die Opfer des Flugwesens. Seit dem Jahre 1908, in dem die ersten erfolgreichen Flüge ausgeführt wurden, bis zum 1. Oktober dieses Jahres sind etwas über 200 Menschen diesem Sport zum Opfer gefallen.

Musik.

Weingartner in der Mark. Die granzörs-bornehm-herosische Geste kann in der Kunst ganz wohl etwas bedeuten, zumal wenn sie so aus der Natur kommt wie bei dem Dirigenten Felix Weingartner.

Wachstum der Partei am Niederrhein kennzeichnende Angaben von besonderem Interesse:

Vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 haben im Agitationsbezirk 3003 politische Versammlungen (1081 öffentliche und 1922 Mitglieder- und Parteiverfammlungen) stattgefunden.

Die übrigen Verhandlungen füllte ein Referat des Genossen Leinert über die preussischen Landtagswahlen 1913 und ein Vortrag des Genossen Geyer über das neue Organisationsstatut der Partei.

Das Organisationsstatut wurde im Einklang mit dem Chemnitzer Beschluß geändert. — Sitz des Agitationskomitees bleibt Eiberfeld.

Die chinesischen Sozialisten und die Regierung.

Vor einem Jahr noch war für die Sozialisten des Reiches der Mittel die Verbreitung von Druckchriften und Abhaltung von Versammlungen ein halbdreierhundertfaches Unterfangen.

Die durch die Revolution geschaffene größere Freiheit brachte die Möglichkeit, an die Zusammensetzung der Räte in eine feste Organisation zu denken.

meter Radius öffentlich dirigieren. Jetzt kommt der Kluge von einem neuen Kongertbureau, spart die Geldgeste und geht in die Provinz.

Die Komödie ist mit dem abermaligen „nicht endemollenden“ aus Wein Begleiter, der manchmal gar so ausgefallene Ideen hat, versetzt ganz hartnäckig, ja mit neuer heroischer Geste die Hypothese im Saal seien sogar ein oder zwei Färsienwalder gewesen.

Die Komödie ist mit dem abermaligen „nicht endemollenden“ aus Wein Begleiter, der manchmal gar so ausgefallene Ideen hat, versetzt ganz hartnäckig, ja mit neuer heroischer Geste die Hypothese im Saal seien sogar ein oder zwei Färsienwalder gewesen.

Die Komödie ist mit dem abermaligen „nicht endemollenden“ aus Wein Begleiter, der manchmal gar so ausgefallene Ideen hat, versetzt ganz hartnäckig, ja mit neuer heroischer Geste die Hypothese im Saal seien sogar ein oder zwei Färsienwalder gewesen.

Die Komödie ist mit dem abermaligen „nicht endemollenden“ aus Wein Begleiter, der manchmal gar so ausgefallene Ideen hat, versetzt ganz hartnäckig, ja mit neuer heroischer Geste die Hypothese im Saal seien sogar ein oder zwei Färsienwalder gewesen.

des neuen Regimes entsprechend, bei der Behörde angemeldet. Damit erhielt die Regierung Junaschikais Gelegenheit, zu beweisen, wie es um ihre, im Verfassungsentwurf verprochenen und bei festlichen Anlässen genüßsam verkündete politische Gleichberechtigung aller Bürger in Wirklichkeit bestellt ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Preßrecht.

Während des Bergarbeiterstreiks erzählte der christliche Bergarbeiter Meurer in Kellinghausen dem Knappschaftsältesten Schroll, er (Meurer) sei von Polizeibeamten verprügelt worden und habe Anzeige gegen die Polizisten erstattet.

Aus Industrie und Handel.

Der Lohn der toten Grubenklaven.

Die Gewerkschaft Lothringen, auf der im August d. J. 110 Bergarbeiter der Profitsucht des Privatkapitals zum Opfer fielen, erhöht ihre vierteljährliche Ausbeute pro Tag von 350 M. auf 500 M.

Braunweinproduktion und Braunweinpreise.

Infolge des Ausfalls der Kartoffelernte ist die Erzeugung von Braunwein im Berichtsjahre 1911/12 (1. Oktober bis 30. September) wiederum gesunken. Sie war die kleinste seit dem Jahre 1897/98.

Seit Beschluß des Leipziger Schnapsböhotts stellte sich die Entwicklung des Schnapsverbrauchs:

Die Staatsregierung hat beschlossen, gegen die herrschende Fleischsteuerung, die abzugeben werden soll, ohne daß dabei von einer Fleischnot oder ähnlichem Kummel gesprochen werden darf, die folgenden Erleichterungen zur demnächstigen Erwägung in vorübergehender Aussicht zu nehmen.

Für größere Städte im Osten, — deren Auswahl sich die Regierung vorbehält, — bei denen ein Bedürfnis besteht, — das durch eine besondere Kommission geprüft werden wird, — soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland, — sofern keine speziellen Bedenken entgegenstehen, — bis auf Widerruf, — der jederzeit eintreten kann, — und unter der Voraussetzung, daß die Fraktion Dertel zustimmt, — was bezweifelt wird, — gestattet werden.

Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien kann — wenn politische Erwägungen dem nicht entgegenstehen, — im Wege besonderer Genehmigung, — die von den Truppenverchiebungen in diesen Ländern abhängt, — und unter behördlicher Mitwirkung in betreff der Preisfestsetzung, — infolgedessen hierbei ein auffälliger Preisdruck vermeiden läßt, — in plombierten Wagen, — falls kein Wagenmangel und Plombenmangel eintritt, — zugelassen werden.

Im übrigen ist sich die Regierung darüber klar, daß eine dauernde sichere Fleischversorgung nur dann eintreten wird, wenn der heutige Fleischverzehr — anstatt gegen eine halbe und viertel Maßregel zu murren, — von den Landesmeliorationen, — die wir in Aussicht stellen, — und von der inneren Kolonisation, — die wir im Wege der Gesetzgebung für die nächsten Jahrzehnte in Angriff nehmen wollen, — satt wird.

Schließlich wird bestimmt, daß jedermann, — ohne Ausnahme, — der an dem Glauben festhält, — dem der § 12 des Fleischbeschaugesetzes entgegen steht, — die Regierung würde die generelle Einfuhr von Gefrierfleisch zulassen, — was vom Standpunkt des Konsumenten das einfachste und praktischste wäre und aus diesem Grunde von den vorgeordneten Stellen abgelehnt werden muß, — sich persönlich als einen ungerlegten Ochsen betrachten darf.

(„Rustige Blätter.“)

Notizen.

Musikchronik. Freitag veranstaltet Musikdirektor Martin Grabert in der Dorotheenstädtischen Kirche ein Orgelkonzert bei freiem Eintritt, unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Prof. Struß (Violine) und Kurt Liegmann (Violine).

Im Neuen Volks-Theater findet am Sonnabend die erste Vorstellung des Vereins „Verlobte“ statt. Zur Aufführung gelangt „Walter Volt“ von Wolf Fedorow.

Humor und Satire.

Die Regierung gibt nach! Wir sind in der Lage, eine amtliche Ankündigung zu veröffentlichen.

	1911/12	1910/11	1909/10	1908/09
Produktion	8 437 998	8 473 707	8 650 177	8 265 291
Eisenverbrauch	1 984 488	1 963 120	1 802 745	2 602 121
Gewerb. Verbrauch	1 580 971	1 405 972	1 888 209	1 485 145
Egypt.	11 833	11 753	10 232	10 640

Schweden gegen den Petroleumtrust.

Während Deutschland sich anschickt, dem Diktator die Spitze zu bieten, wird aus Schweden der gleiche Plan berichtet. Es hat sich mit einem Kapital von 1 500 000 Kronen, erspöhrbar auf vier Millionen, ein Konsortium gebildet, das die Konkurrenz gegen den Diktator sofort in Schweden aufnimmt. Zu diesem Zwecke hat die Gesellschaft Verträge mit der Indian Refining Company abgeschlossen, die unter englischer Leitung steht. Eisenerze und anderes Material werden sofort in den Dienst des neuen Unternehmens gestellt.

Geschäftsbürger.

Bekanntlich hat China das Anerkennen eines Finanzkonsortiums der sechs Großmächte abgelehnt und von einer englischen Bank nur eine Schuld von 20 Millionen Pfund Sterling aufgenommen, um die weitgehende politische Kontrolle der sechs Mächte zu vermeiden. Jetzt führt noch einer Meldung der „Agence d'Extremes Orient“ die chinesische Presse einen heftigen Kampf gegen das Sechsmächtenkonsortium, das, wie allgemein behauptet wird, aus Vercor über das Scheitern seiner Verhandlungen wegen der großen Anleihe allen in China unter seinem Einfluß stehenden Banken die Anweisung gegeben hat — es handelt sich um etwa 70 Banken — den Verkehr zu verhindern. Nur eine einzige Bank, die Bank für Indien, Australien und China hat dem Druck des Konsortiums Widerstand entgegengelehrt. Dieser Schritt des Syndikats hat ein starkes Steigen des Geldfußes zur Folge gehabt. Während früher das Pfund Sterling in 7,70 Taels umgerechnet wurde, werden jetzt nur noch 6,60 Taels dafür gezahlt. Dadurch hat China auf die 500 000 Pf. Sterl., die es als Voranschlag auf die in London abgeschlossene Anleihe erhielt, einen Verlust von 500 000 Taels gehabt. Die öffentliche Meinung ist über das Verhalten des Syndikats sehr erregt und unter der chinesischen Bevölkerung ist eine Bewegung im Gange, die darauf ausgeht, die in den ausländischen Banken liegenden Deposits zurückzuziehen und die von jenen Banken ausgehenden Noten zu verweigern, was unabsehbare finanzielle Katastrophen zur Folge haben kann.

A. G. G.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft berichtete der Vorstand über das Ergebnis des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912. Nach Abzug von Unkosten, Steuern, Abschreibungen, Obligationenzinsen werden 24 386 614 M. (im Vorjahre 22 140 720 M.) und zwar wieder ausschließlich aus dem Fabrikationsgeschäft als Gewinn ausgewiesen. Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. auf 130 Millionen Mark Aktien (im Vorjahre 14 Proz. auf 100 Millionen Mark alte Aktien und 7 Proz. auf 30 Millionen Mark neue Aktien) vorgeschlagen werden. Gleichzeitig wird die Erhöhung des Aktienkapitals von 130 auf 155 Millionen Mark beantragt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Warum müssen sich die Frauen politisch betätigen?

Die Frage der politischen Betätigung der Frau bildet zuzelt einen wichtigen Beratungspunkt bürgerlicher Beratsammlungen. Heute, die sonst die Frauenbewegung bspotteten und letzten Endes weise erklärten, „die Frau gehört ins Haus“, haben heute ihre Meinung geändert. Schon vor längerer Zeit wurde ein Versuch gemacht, die Frauen der Konservativen für Politik zu interessieren mit dem Hinweis, daß die „rote Flut“ unaufhaltsam vorwärts dränge und daß die konservativ gesinnten Frauen durch Belehrungen der Arbeiterinnen einen Damm errichten müßten gegen das Eindringen der Sozialdemokratie auf dem Lande. Wie diese Damen die Belehrung leisteten, dokumentierte eine Gutbesitzerin auf dem bürgerlichen Frauenkongreß, der im April dieses Jahres in Berlin stattfand. Sie sagte: „Wenn ich meine Tagelöhnerinnen auffordere, in einem von mir vorgeschlagenen Verein Mitglied zu werden, so weigert sich keine meiner Arbeiterinnen.“ Wie glauben dies ohne weiteres, weil wir die Wirkung kennen, die Hunger und Hungerpein anzuwecken vermögen. Ob aber die Damen und die konservativ Partei auf die Dauer mit dieser Art politischen „Belehrung“ zufrieden sein werden, ist sehr fraglich. Vermutlich werden auch in den Kreisen der Landarbeiterinnen immer mehr Regungen nach, die den Wunsch nach Anerkennung der eigenen Staatsbürgerrechte auslösen.

Auch in den Kreisen der Nationalliberalen regt man sich. So ist kürzlich auf dem nationalliberalen Frauenkongreß in Weimar nicht nur die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frau anerkannt, sondern namens der Parteileitung die Erklärung abgegeben worden, daß die nationalliberale Partei gern und freudig den Frauen ihre Porten offen zur politischen Mitarbeit, die in Zukunft nicht mehr entbehrt werden könne. Die politische Gleichberechtigung, das Wahlrecht für die Frauen, hat die nationalliberale Partei zwar nicht anerkannt, aber — so was fordern die nationalliberalen Damen auch gar nicht; sie sind zufrieden, mit sanften Händen die Männer in dem nationalliberalen Pferd halten zu dürfen.

Ebenfalls sagte die zehnte Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine, der Angehörige aus allen Kreisen, Parteien und Klassen, mit Ausnahme der Sozialdemokratie umfaßt, den Beschluß, daß der Bund auch ferner bei seiner Neutralität in politischen Fragen bleiben müsse, daß aber die ihm angehörenden Frauen außerhalb des Bundes eine parteipolitische Betätigung ausüben müßten.

Der Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei, der vor einigen Tagen in Mannheim tagte, beschäftigte sich gleichfalls mit der Frage „der politischen Betätigung der Frau“; aber die Frage war hier nicht so leicht zu lösen. Schon die Leitung der Partei riet dringend davon ab, die Forderung des Frauenwahlrechts programmatisch festzulegen. Die Sache sei heute noch verfrüht, da noch keine Einmütigkeit unter den Parteimitgliedern über diese Frage herrsche, auch drehne die Frage ja noch durchaus nicht, und was dergleichen Redensarten mehr sind. Um den fortschrittlichen Damen diese runde und nette Absage ein wenig zu verfeinern, soll es jedoch jedem Parteizugehörigen unbenommen sein, bei seiner Agitation für die Erweiterung der Rechte der Frauen über die im Programm gezogenen Grundlinien hinauszugehen. Dabei wird der Volkshandigkeit halber bemerkt werden wollen, daß es jedoch auch jedem Parteizugehörigen unbenommen bleibt, für die Nichterweiterung der programmatischen Frauenrechte einzutreten, was fortschrittliche Größen auf dem Parteitage a-4 sofort mit voller Waden besorgten. Im „fortschritt“ wird also „noch wie vor“ und „unenneg“ eine Partei nach vorwärts und eine Partei nach rückwärts am Karren des Frauenwahlrechts zerrten, wobei der Karren nach wie vor im Sumpfe stecken bleibt. Die traurigste Seite dieses Trauerspiels war, daß die Forderung auf Aufnahme des Frauenwahlrechtes in das fortschrittliche Programm von Fräulein Dr. Kämler, mit der Darlegung, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gebietet zum Frauenwahlrecht dränge, zwar gut begründet wurde, daß die Damen dann noch dieser Anstrengung über selber das Verlangen nach einer grundsätzlichen Abstimmung über das Frauenwahlrecht im Stiche ließen. Sie selber gaben ihre Zustimmung zur Zurückziehung ihrer Forderung und waren es zufrieden, daß der Parteitag sich zu einer Sympathieerklärung herbeiließ, indem er einer Resolution zustimmte, in der „mannhaft“ zum Ausdruck kommt, daß die Ange-

hörigen der Partei die Frau im Kampfe um ihre politische Gleichberechtigung unterstützen werden! — Dabei, wohlgerneht, der sofortige Beginn dieser Unterstützung darin bestand, daß diese Manneshelden die Aufnahme des Frauenwahlrechtes in das Programm ablehnten! Und diese Partei will die Frauen von der Sozialdemokratie fernhalten! Die Behandlung dieser Frage zeigt aufs neue, daß die fortschrittliche Volkspartei noch viele Köpfe abschneiden muß, um ihrem Namen gerecht zu werden. Geradezu beufstigend wirkte es, wie ein Politiker, ein Reichstagsabgeordneter, Herr Konrad Kaufmann, die Unreise der Frauen zur politischen Betätigung nachweisen wollte, indem er betonte, 95 Prozent der Frauen seien unpolitisch, dies erkenne man daraus, wie sie die Zeitungen lesen. Die Frauen lesen sie von hinten nach vorn, die Männer von vorn nach hinten. Vielleicht lieft auch ein Teil der fortschrittlichen Damen und Herren die Zeitung von unten nach oben und ein Teil der Herren gar nicht und damit wären dann alle einander würdig und die politische Unreise für alle bewiesen.

Die nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung dürftenden Frauen finden eben nur in der Sozialdemokratie volles Verständnis für ihr Ringen und Kämpfen um Staatsbürgerrechte. Die Proletarierinnen, die Millionen erwerbstätiger Frauen, die vor allem anderen politische Rechte notwendig haben, um der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, der Schädigung ihrer Gesundheit, im ureigensten Selbstinteresse und im Interesse der kommenden Generation, deren Trägerin sie sind, entgegenzuwirken, sollten daher ihr politisches Verlangen weit mehr in den Vordergrund ihres Lebens stellen. Durch den Anschluß an die freie Gewerkschafts- und unsere Parteibewegung sichern sich die Arbeiterinnen schon heute größeren Einfluß auf die Arbeiter- resp. Arbeiterinnen-Gesetzgebung, auf die Erhaltung und freie Ausnutzung des Koalitionsrechts, das gerade die Arbeiterinnen so notwendig haben, auf die Verkürzung der Arbeitszeit, wodurch sie für sich selbst wie für ihre Familien das Leben leicht- und freudevoller gestalten können. Die regere Betätigung der Frauen in der modernen Arbeiterbewegung, vor allem in Partei- und Gewerkschaften, ist jedoch nicht nur für die berufstätigen Frauen notwendig, sondern auch für die Hausfrauen. Auch sie müssen politisches Interesse zeigen. Das große Gebiet der Schulzollgesetzgebung, der indirekten Steuern, greift unmittelbar in den Wirkungsbereich der Hausfrau ein und die proletarische Hausfrau spürt seit Jahren, seit der Aufstellung der Zoll- und Wuchervorlage und der Annahme der schamlosen Reichsfinanzreform, wie diese gesetzlichen Bestimmungen ungeheure Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel und der Gebrauchsgüter zur Folge hatten, und wie dadurch die Unterernährung breiter Volkschichten gestiegen ist. Die Frauen wissen, wie Frauen und Kinder sich stundenlang den Unbillen der Bitterung aussetzen, sich schieben und drängen lassen, um an der Freibank ein Stück minderwertiges Fleisch für geringes Geld zu erhalten, oder wie Frauen und Kinder des Grenzgebiets sich plagen, in kleinen Quanten ihre Lebensmittel aus dem Nachbarland zu holen.

Arbeiterinnen! Während ihr euch plagt, die Lebensmittel zu beschaffen, werden monatlich ungeheure Mengen Lebensmittel aus Deutschland ausgeführt, und die großen Produzenten erhalten dafür zum Teil noch Ausfuhrprämien aus dem Staatskassen bezahl. Frauen! Während ihr euch plagt, um die indirekten Steuern, die auf allen Lebensmitteln und Gebrauchsgütern lasten, deren die arme Rasse bedarf, liegen, während ihr euch plagt, die direkten Steuern an jedem Quartal zahlen zu können, sind die gesamten Fürsten in Deutschland Feuerzettel. Dieses und das gesamte Unrecht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann nur durch unablässigen Kampf und schließliche Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung, die auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen durch den Menschen beruht, beseitigt werden. Zu diesem großen Kampfe aber bedürfen wir der Mitarbeit aller, auch der Frauen.

Die politische Betätigung der Frauen stärkt unsere Partei für die Erreichung unseres Zieles, sie macht aber auch dem Wege zu diesem Ziele auch ihren Kampf um Reformen weit intensiver.

Arbeiterinnen und -kinder! Hinein deshalb in die sozialdemokratische Partei, denn nur sie ist die einzige, die von jeder programmatisch die volle Gleichberechtigung der Frau vertritt. Nur durch ihre Arbeit und ihre Siege wurden die anderen Parteien gedregt, wenigstens den Schein zu erwecken — und außerdem der Rot gehorcht, nicht dem eigenen Triebe —, als ob auch in den bürgerlichen Lagern etwas für die Befreiung des Frauengeschlechtes geschähe.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 21. Oktober, 8½ Uhr abends, pünktlich in Kellers „Neuer Philharmonie“, Köpenicker Straße 98/97: 1. Vortrag des Julius Frauenzagen: Die Frau und die Qualitätsarbeit. Vortragende: Gertrud Hanna und Robert Breuer. Diskussion. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Aus den Erfahrungen eines Jugendgerichts.

Die Einrichtung der Jugendgerichtshöfe kann außer den offensichtlichen Vorzügen für die Aussicht einer besseren seelischen und geistigen Veranherung jugendlicher Verbrecher auch die wichtige Gelegenheit bieten, die Psychologie der Verwahrlosung im jugendlichen Alter zu studieren und so bedeutsame Aufschlüsse für die Verbesserung der Erziehungsmassregeln zu erhalten. Auf diesem Wege ist der Jugend-Staatsanwalt am Münchener Jugendgericht Karl Rupprecht vorgegangen, der jetzt in der Münchener Medizinischen Wochenschrift die Beobachtungen an einer großen Zahl jugendlicher Häftlinge veröffentlicht. Er hat im ganzen in der Zeit von fünf bis vierzig Jahren 141 solcher Personen zu beaufsichtigen gehabt, von denen 46 unter 17 Jahren waren. Um eine Aufklärung über ihre Lage und Vergangenheit sowie über ihre eigene Lebensauffassung zu erhalten, hatte Rupprecht ein Formular ausgearbeitet, das jedem dieser Verhafteten zur Ausfüllung übergeben wurde, und zwar nicht gedruckt, sondern geschrieben, damit die Sache einen weniger politischen Anstrich bekam. Es wurden darin Angaben verlangt über den Lebenslauf, die Familie, insbesondere die Eltern, über den Schulbesuch, über bisherigen Unterricht und Beschäftigungsort, über den Grund der Verhaftung und die nächsten Absichten für die Zukunft. Es hat sich nach dem Aufsatz gezeigt, daß die meisten der jungen Häftlinge mit ihrer Vergangenheit ganz zufrieden waren. Die Auskünfte waren wenigstens oft genug recht ehrlich und auch einigermaßen einsichtig. Es sei allerdings verständig, wenn schon junge Menschen von 15 bis 16 Jahren Arbeitsmangel als Grund eines moralischen Niedergangs bezeichnen. Das wirkliche Verwahrlosung von dem sittlichen Wert der Arbeit pflege erst in späterem Alter einzutreten. Wenn freilich ein solcher Junge ganz auf sich angewiesen und dem Hunger ausgesetzt sei, sobald er nichts verdient, so sei in diesen Fällen der Zusammenhang zwischen dem Beschäftigungsmangel und der Verführung zum Diebstahl unlegbar. Außerordentlich ausdrucksvoll sind manche Gesandnisse wegen ihrer Kürze, zum Beispiel von einem 15jährigen Mädchen, das wegen Brandstiftung bei ihrer Dienstherrin verhaftet worden war: „Ich wurde roh und mit Schlägen behandelt; ich habe nichts getrieben, als zweimal angezündet; ich bin verhaftet worden, weil ich angezündet habe; ich will braver und ordentlich werden und nie mehr etwas ansprechen.“ Durch die Untersuchung wurde in der Tat festgestellt, daß der Bauer das Mädchen unmäßig streng behandelt habe, das außerdem noch ärztlichem Gutachten schwachsinzig war. An diesem Beispiel läßt sich erkennen, wie ein Unglück und welche Ungerechtigkeit mit der schablonenhaften Beurteilung einer dergleichen Straftat geschehen würde. Die persönliche Befragung durch die Formulare erwies sich gerade auch in der Hinsicht als zweckmäßig, daß dadurch unbewußt eine geistige Minderwertigkeit bekundet wurde,

so daß der betreffende Junge Mensch einer geeigneten Erziehungsanstalt überwiesen werden konnte. Die Absichten des Häftlings sind nach eigener Aussage meistens sehr lobenswerdend; der Staatsanwalt Rupprecht mißt ihnen mit Recht einen großen Wert bei. Aber die Ausführung der Vorzüge wird oft durch die Gesellschaftsordnung selbst durchkreuzt. Die Arbeit Rupprechts würde wesentlich wertvoller sein, wenn die Fragebogen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verhafteten und ihrer Eltern mit umfassen.

Bei dem Berliner Jugendgericht fehlen leider Verträge jeglicher Art, über das wirtschaftliche und geistige Elend der Objekte der Jugendgerichtshöfe durch Fragebogen sich Kenntnis zu verschaffen. Sehr im Gegensatz zu dem geräuschvollen „ethischen“ Auftreten des Vormundschaftsrichters Dr. Kühne steht die praktische Tätigkeit der Berliner Jugendgerichts- und Vormundschaftsrichtergesellschaft. Beispielsweise die von Dr. Kühne unterzeichneten Fürsorgeerziehungs-Überweisungsbeschlüsse zeichnen sich durch eine geradezu erschreckende Schablonenhaftigkeit aus. Das Herz zieht sich zusammen, wenn man ein paar Duzend solcher für das Wohl und Wehe eines Menschenlebens bedeutsamer Beschlüsse liest, die in schematischer Weise lediglich die Behauptung der vermeintlichen Verwahrlosung und die entsprechenden Gesetzesparagrafen enthalten, ohne auch nur den Versuch zu machen, die wirtschaftlichen oder sonstigen Gründe, die zur Verwahrlosung geführt haben, anzuführen. Das in Schwere befindliche Jugendgerichtsgesetz sollte verlangen, daß in den Beschlüssen und Urteilen, die sich auf Jugendliche beziehen, das Vorleben, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Ausbildung und die geistigen Fähigkeiten der Kinder eingehende Würdigung erfahren.

Eine Kolonialgründung vor Gericht.

Einen gewaltigen Umfang dürfte ein Prozeß annehmen, bei dessen Verhandlung allerlei Kolonialgründungen durchgesprochen werden müssen. Es handelt sich um die gegen den Kaufmann Wilhelm Mertens in Zehlendorf erhobene Anklage, die im März schon einmal zur Verhandlung anstand, damals aber wegen der Abwesenheit des Sachverständigen, Professor Dr. Paul Preuß, sich auf einer Auslandsreise in Neu-Guinea befand. Das Verfahren schwebt schon seit dem Jahre 1909. Durch den Eröffnungsbescheid wird Mertens beschuldigt, in den Jahren 1905 und 1906 als Vorstandsmitglied der Samoa-Kaufschuls-Kompagnie, der Kamerun-Kaufschuls-Kompagnie und der Santsa-Samoa-Kolonialgesellschaft zum Zwecke der Eintragung in das Handelsregister wesentlich falsche Angaben in Ansehung der Einzahlung des Grundkapitals gemacht zu haben. Er wird ferner beschuldigt, als Vorstandsmitglied der Aktien-Gesellschaft Samoa-Kaufschuls-Komp., der Borno-Kaufschuls-Komp. und Opatritonischen Pflanzungs-Aktiengesellschaft in seinen Darstellungen über den Vermögensstand der Gesellschaft und in den Generalversammlungen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft verschleierte und absichtlich zum Nachteil dieser Gesellschaften gehandelt zu haben. Dies soll in der Weise geschehen sein, daß er, weil von der Anlagebehörde behauptet wird, über die Preisbemessung der von den Gesellschaften zu erwerbenden Landrechte keine Angaben machte und die ihm selbst und den Mitgliedern des Aufsichtsrats zufallenden hohen Gewinne verschwiegen und den Erwerb der Landrechte empfahl, obwohl die dafür gezahlten Preise erheblich zu hoch gewesen seien. Endlich wird ihm zur Last gelegt, in den Jahren 1906 bis 1909 in seinen Darstellungen und Uebersichten den Vermögensstand und die sonstigen Verhältnisse der Samoa-Kaufschuls-Kompagnie-Aktiengesellschaft verschleierte zu haben, indem er die ihm von dem Pflanzungsleiter in Samoa zugegangenen ungünstigen Berichte verschwiegen und die Geschäftslage als günstig bezeichnete. — Termin zur Hauptverhandlung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt ist jetzt auf den 19. November angesetzt. Man rechnet auf eine 14tägige Dauer des Prozesses.

Die Entmündigungsfälle Hagen.

Vor etwa Jahresfrist erregte die Entmündigungs- und Interessengruppen des Studenten Hagen in weiteren Kreisen durch die zahlreichen Prozesse berechtigtes Aufsehen, die sein Vertreter Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried gegen den Privatbankhalter Dr. Weiser in Charlottenburg, bei dem Hagen interniert war, zum Zwecke seiner Befreiung für ihn erhoben hatte. Sieben Ärzte hatten in schriftlichen Gutachten den Studenten Hagen für geschäftsunfähig und seine Entmündigung für geboten erklärt. Ihnen standen andere gemächliche Gutachten und Zeugnisse entgegen. Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg hat nunmehr nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage durch Beschluß vom 23. September d. J. den gegen H. gestellten Entmündigungsantrag abgelehnt. Dieser Beschluß ist vor einigen Tagen rechtskräftig geworden.

Das gestohlene Auto.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird das Eigentum an einer Sache dadurch erworben, daß der Eigentümer dem Erwerber die Sache übergibt und beide darüber einig sind, daß das Eigentum übergehen soll. Auch wenn die Sache demjenigen, der sie veräußert, nicht gehört, wird doch der Erwerber rechtmäßiger Eigentümer; es sei denn, daß er im Zeitpunkt des Erwerbes nicht in gutem Glauben war. Doch stellt § 893 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Ausnahme hiervon auf: selbst dann, wenn der Erwerber gutgläubig ist, tritt nämlich der Erwerb des Eigentums nicht ein, wenn die Sache dem Eigentümer gestohlen worden, verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen ist. Entsetzt also ein Bestohlenen irgendwo sein Eigentum, so muß der Besitzer die Sache unweigerlich herausgeben, selbst wenn er dem unrechtmäßigen Veräußerer den vollen Wert dafür bezahlt hat. Nur auf Geld oder Inhaberpapiere und auf Sachen, die öffentlich versteigert worden sind, bezieht sich der Herausgabeanspruch des rechtmäßigen Eigentümers nicht. In dieser Beziehung interessiert der nachstehend mitgeteilte Autodiebstahl, der am Freitag das Reichsgericht in letzter Instanz beschäftigt hat:

Der Restaurateur F. hat von dem Kaufmann R. in Berlin am 16. März 1910 für 4500 M. ein Automobil gekauft und übergeben erhalten. Am 21. April 1910 teilte R. dem F. mit, er wisse einen guten Käufer für das Auto. Beide fuhren dann mit dem Kraftwagen zu dem angebliebenen Käufer, der an einer bestimmten Stelle wartete. F. stieg dann aus und entfernte sich, wie er behauptet, einige Augenblicke, R. und der angebliche Käufer setzten sich nun in das Auto und fuhren schleunigst auf und davon. R. hat dann das Auto für 1700 M. an den Kaufmann R. in Berlin verkauft. Der Restaurateur F. verlangt nun im Prozeßwege auf Grund seines Eigentums von R. Herausgabe des Autos.

Während das Landgericht Berlin die Klage abwies, hat das Kammergericht zu Berlin den Beklagten verurteilt, das Auto an den Kläger herauszugeben oder an ihn 4000 M. zu zahlen. Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt.

Aus aller Welt.

Londoner Automobilbanditen.

Aus London wird unter dem 15. d. Mts. geschrieben: Die Verbrecherbande Bonnot und Konforten hat in London lehrsame Schüler gefunden. Gestern früh betreten drei gut gekleidete junge Menschen den Laden eines Juweliere im Edgware Road, einer Straße, die vom Hyde Park aus nach dem Norden führt. Sie waren in einem Zagamer gekommen, den sie in einer Seitenstraße warten ließen. Im Laden des Juweliere ließen sie sich zwei Ringe zeigen, von denen der eine einen Wert von 45 Pfund Sterl. hatte. Als sie, im Besitz der Ringe, den Juweliere anforderten, ihnen einen dritten Ring zu zeigen, wurde dieser mißtraulich und begehrte die Ringe zurück. Als Antwort setzte ihm einer der Räuber eine Pistole vor den Kopf. Der Kaufmann ging aber dennoch auf den Menschen los und sahte ihn beim Krogen. Darauf

zogen die anderen beiden Banditen ihre Pistolen und unter der Bedingung ihrer Schießprügel zogen sich alle drei aus dem Laden zurück. Verfolgt von einer Menschenmenge suchten nun die Räuber ihr Automobil zu erreichen. Einer von ihnen wurde von einem Arbeiter erfasst, rief sich aber los, nach dem er seinem Verfolger die Pistole auf die Stirn gesetzt hatte. In der Seitenstraße angekommen, sprangen zwei der Räuber in den Tagometer; der dritte setzte sich neben den Autofahrer, hielt diesem seine Pistole gegen die Rippen und zwang ihn, davonzufahren. Vor einem Pfandleihgeschäft wurde zuerst Halt gemacht. Hier versetzten zwei der unheimlichen Fahrgäste einen der gestohlenen Ringe, während der dritte mit der Pistole unter dem Rock verborgen den Tagometerführer terrorisierte. Dann ging es weiter nach der City, wo es den Banditen nicht schwer fiel, in dem Menschengewirr spurlos zu verschwinden. Nach allen Beschreibungen waren die Leute Engländer, was der ausländischen Bevölkerung Londons, die sich der Ausländerhete nach den Verbrechen in Tottenham und Houndsditch erinnert, eine gewisse Beruhigung verschafft.

Die Affäre v. Radowik.

Nach dem internationalen Rechtsgrundsatz, daß in der Regel nur die Keimen Pumper gehängt werden, dürfte es dem in Paris wegen allerlei Geldmanöver verhafteten Baron Clemens v. Radowik gelingen, diesmal das Gefängnis nur mit dem Kessel zu streifen. Um ihn aus den Fängen des Untersuchungsrichters, der so interessant ist, einen richtiggehenden deutschen Baron wie einen beliebigen Plebejer zu behandeln, loszuseifen, ist der Anwalt der Familie Radowik mit weitgehenden Vollmachten in Paris eingetroffen. Und die Strafverfolgung werden ein menschliches Mähren empfinden, wenn die reichen Verwandten des

armen verführten jungen Mannes die Schulden bezahlen. Die Justiz drückt ein, vielleicht auch beide Augen zu, und der Gesellschaft bleibt ein würdiges Mitglied erhalten. Es wäre ja auch schade um einen so hoffnungsvollen Aristokraten.

Ein neuer Millionenschwindel.

Umfangreichen Schwindelen mit gefälschten Obligationen ist man in Brüssel auf die Spur gekommen. Der Hauptbeteiligte, ein Finanzmann Wilmart ist flüchtig geworden und hat eine ganze Anzahl Banken als trauernde Hinterbliebene hinterlassen. Die Summe der in den Verlehe gebrochten Fälschungen wird auf über 20 Millionen Frank geschätzt. An den Verlusten soll der Platz Antwerpen allein mit 6-7 Millionen Frank beteiligt sein. Natürlich hat der Flüchtige recht standesgemäß gelebt. Er soll sich lieben Maitresses gehalten haben, die einen fürstlichen Aufwand trieben. Ein von Wilmart gehaltener Rennstall kostete ihm etwa eine Viertel Million Frank, seine Jagd 120 000 Frank pro Jahr. Die Schwindelen dürften den Zusammenbruch mehrerer kleineren Provinzbanken nach sich ziehen.

Wenn hohe Herren reisen.

Dem in der Prigny gelegenen Städtchen Meyenburg ist am letzten Sonnabend großes Peil widerfahren. Auf einer Inspektionsreise besuchte der Oberpräsident v. Conrad, der Regierungspräsident v. d. Schulenburg und der Landrat v. Winterfeld die Stadt Meyenburg. Um diesen ewig denkwürdigen Tag gebührend zu feiern, erließ ein hoher Magistrat der Stadt in der „Meyenburger Zeitung“, dem amtlichen Organ, eine Bekanntmachung, in der es heißt: „Wir bitten alle Bürger, die Häuser zu beslaggen und

zu schmücken. Die Straßen sind schon am Freitag gründlich zu reinigen.“

Meyenburg, 9. Oktober 1912.

Der Magistrat.

Ob Ehrenjungfrauen den Einziehenden Blumen streuten, entzieht sich unserer Kenntnis. Es freut uns aber, daß so feunig das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden und die Straßen gründlich gereinigt wurden.

Kleine Notizen.

Grubenunfall. Bei der Einfahrt zur Nachtschicht verunglückten am Dienstag auf der Königgrube bei Königshütte durch zu hartes Aufsteigen der Förderseile neun Mann, darunter zwei Arbeiter. Vier Mann erlitten Verwundungen, die übrigen sind leicht verletzt.

Zur Grubenkatastrophe in Australien. Vierzehn von den Bergleuten, die seit Sonnabend in der North Elyell Mine verschüttet waren, sind am Mittwoch gerettet worden. Sie befinden sich sämtlich wohl. Nun sind noch 87 Bergarbeiter in der Mine eingeschlossen. Die Zahl der Getöteten beträgt bisher 41.

Fünf Greise verbrannt. Bei einer Feuersbrunst, die vergangens Nacht das Kint für Greise in der französischen Stadt Quimper vernichtete, sind fünf hilflose alte Männer verbrannt.

Verhaftete Schmuggler. In Chambly (franz. Departement Oise) wurden nach hartnäckigem Widerstand vier Leute festgenommen, die in einem Automobil Tabak und Zigarren im Werte von 15 000 Frank eingeschmuggelt hatten. Einem der Verhafteten gelang es, die Tür seiner Zelle zu erbrechen und zu entfliehen. Es heißt, daß die Schmuggler Belgier sind.

Die Vergiftungsversuche in Mailand. Die Massenvergiftungen haben einen riesigen Umfang angenommen. Nicht weniger als 2000 Hausbesitzer haben die vergifteten Tabletten zu gesandt erhalten. Von dem Täter fehlt noch immer jede Spur.

Unserem früheren Bezirksführer Hugo Schmolinski u. Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Der Bezirk 608 des 6. Arrond. hat den lebhaften Wunsch, daß ihm das Silberpaar noch recht lange erhalten bleiben möge.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Exzerimallioe

Max Siggelkow
am 15. Oktober 1912 verstorben ist. **Grete Siggelkow** und Sohn.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof Seestraße, Ecke Müllerstraße, statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am Dienstag, den 15. Oktober, verstarb unser Genosse, der Schriftleiter

Max Siggelkow
Stralunder Str. 65, Bezirk 587.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand

Am Dienstag, den 16. Oktober, verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter und Freund, der Schriftleiter

Max Siggelkow
im Alter von 45 Jahren. — Ein ständendes Andenken wird ihm dauernd bewahren 8476
Das Personal der Holbuchdruckerei Sittenfeld.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof See-, Ecke Müllerstraße, von der Zeitgenhalle aus.

Typographia.
Den Mitgliedern hierdurch die betäubende Nachricht, daß unser treuer Sangesbruder und Kollege

Max Siggelkow
nach langem Schmerzenslager am Dienstag nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof See-, Ecke Müllerstraße, von der Zeitgenhalle aus.
Seine langjährige Mitgliedschaft sowie sein stets reges Interesse für den Verein haben ihm ein bleibendes, ehrendes Andenken.
Die Mitglieder werden gebeten, insofern verstorbenen Kameraden möglichst vollständig das letzte Geleit zu geben.
Beerdigung siehe vorstehend.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreis.
Nachruf.
Am 9. Oktober verstarb unser Genosse, der Schneider

Adolf Briese
Löhner Straße 5.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand bereits am 13. Oktober in seiner Heimat statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Artur Beutler
Lantow, Kurfürstenstr. 38 am 15. d. Mts. an Diphtherie gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Carl-Richhofes in Richterstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/17 Die Ortsverwaltung

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler

Emil Dasse
am Dienstag nach langem, schwerem Leiden im 53. Lebensjahre gestorben ist. 8376
Martha Dasse geb. Winter.
Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Simeons-Richhofes aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Wilhelm Busse
Urbanstraße 48, im Alter von 71 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Jakobi-Richhofes in Reutölln, Hermannstraße, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Emil Dasse
Reutölln, Hobrechtstraße 28, im Alter von 52 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Simeon-Richhofes in Reutölln, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Ehre ihrem Andenken.
89/16 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Franz Kunger
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem städtischen Friedhof See-, Ecke Müllerstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
52/8 Der Vorstand.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein, den Kollegen der Firma Rud. O. Weier in Schöneberg und dem Deutschen Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.
Wwe. J. Matzke nebst Sohn.

Spezialarzt
I. Haut-, Darm-, Frauenleiden, u. nerv. Schwäche, Veitstänke jeder Art, Ehrlich's Gata-Syrcus u. Co. Ions Laborat. Blutuntersuchung, Harn- u. Harnstoff, gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum, Spt. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Homeyer
in Untersuchung, Harn- u. Harnstoff, gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum, Spt. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 12. Oktober 1912, der Kollege

Karl Kurz
(Bezirk Charlottenburg) im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober 1912, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lützen-Richhofes in Weidend., Fichtenbrunnenweg, aus statt.
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Töpfer

Karl Kurz
nach langem schweren Leiden am Sonnabend, den 12. d. Mts., im Alter von 54 Jahren sanft entschlafen ist. 4521
Um stille Teilnahme bitte die tieftrauernde Witwe
Emma Kurz.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Lützen-Richhofes, Weidend., Fichtenbrunnenweg, aus statt.

Nach zwölfjähriger ärztlicher Tätigkeit in Oberschlesien habe ich mich in

Schöneberg, Hauptstr. 147
als Spezialarzt für Magen-, Darm- und Stoffwechsellkrankheiten niedergelassen.
Sprechstunden:
9-10, 12 1/2-1 1/2, 4 1/2-6 1/2 Uhr,
Sonntags 9-11 Uhr.
Fernsprecher: Amt Kurfürst 9109.
Dr. S. Wygodzinski.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Anton Schimpf
nach langem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
25/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin

Martha Nölte
am 14. Oktober im Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Ullersdorf statt.
164/18 Die Ortsverwaltung.

Tanz-Schule Richard Heinrich
jetzt Restaur. Fürstenhof, Köpenicker Str. 157.
Unterrichtsstunden: Jeden Sonntag von 3-6 Uhr. Jed. Donnerstag v. 8-11 Uhr. Jed. Sonntag v. 6-11 Uhr. Nachbunzungskreis. Aufnahme neuer Schüler jederzeit.
Hochachtungsvoll
Richard Heinrich
Weichselstr. 8.
Telephon: Neukölln 406.

Ortskrankenkasse für Ober-Schöneeweide.
Bei der Kasse ist sofort die Stelle eines Krankenkassentruers zu belegen. Anfangsgehalt 1800 R., steigend bei jährlichen gleichen Zulagen in zwölf Jahren bis zum Höchstgehalt von 2700 R.
Bewerbungen sind schriftlich an den Vorstand der Ortskrankenkasse für Ober-Schöneeweide, Berlin-Ober-Schöneeweide, Wilhelmshofstr. 13, bis inkl. 23. Oktober 1912 zu richten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. dacht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Vereinszimmer, 60 Quadratmeter, für Gesang- und andere Vereine großartig gelegen, noch an einigen Tagen (auch Sonntags) zu vergeben, Schönhauser Allee 9-9a, 3. Hof.

Staakschalen, trockene Besserware, 0,70, 0,80 u. 1,00 m lang, billigst frei Hausgen Berlin abzugeben. Anfragen erbeten unter P. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.



Geld
brauchen Sie überhaupt nicht, wenn Sie so sehr beliebt sind.
Hugo Udo Cohn
13 Kottbuscher Damm 13
Lernen, dort erhalten Sie **Kredit** - Kleinsten Anzahlung bei Entnahme von **Herrn-Garderobe Damen-Garderobe Kinder-Garderobe**
[Alles in großer Auswahl]
Manufakturwaren, Wäsche, Kleiderstoffe und Schuhwaren usw. usw.
Vergrößerte Räume für **MOBEL**
Einzelne Stücke zur Ergänzung wie auch **Kompl. Wohnungen** mit **Einrichtungen**
Nur organisierte Kassierer werden bei mir beschäftigt.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 60.
Das **Menschen-Schlachthaus.**
Bilder vom kommenden Krieg von 1917
Wilh. Lamszus
Preis 2 Mark.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billige Preise. Gebr. 1889.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145, II.

Möbel-Lechner
Am Rosenthaler Platz **Brunnenstr. 7** Am Rosenthaler Platz
Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stuben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung
Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an
Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung
Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von **M. 50.-** an **M. 5.-** Rabatt!
Liefere auch nach auswärt!
Sonntags geöffnet von 12-2.

Die neue Manoli
Kardasch
das Beste für 3 M

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Mittwoch, den 30. Oktober 1912, abends 8 1/2 Uhr,
in der Brauerei Friedrichshain:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. a) Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von 5 Ersatzpersonen für den Aufsichtsrat.
2. Jahresbericht: a) des Vorstandes; b) des Aufsichtsrates; c) der Revisionskommission.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
5. Anträge.

Der Eintritt kann nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Legitimalkarte gestattet werden.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand. 107/6 Der Aufsichtsrat.
H. Junger, D. Schulze. Hr. Schulze, Vorsitzender.



Blendol

Bei mir gibt's andre Mittel nicht,
Ick bin bioß uff Blendol verpicht

Das beste flüssige Metallputzmittel.
In Glaskl. zu 10, 15 und 25 Pfg. in Blechfl. aller
Größen überall erhältlich.
Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg.

Warnung vor Nachahmung

des echten gesetzl. gesch.

Kapitän-Kautabaks

dringend geboten.

Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift:
„Kapitän-Kautabak“ geliefert.

Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119. Amt Königstadt 3861

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen,
Maßvesten, Ullster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch
einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in
prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herren-Paletots	10.-	14.-	18.-	
Ullster	12.-	16.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	16.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	18.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herren-Beinkleider	5.-	7.-		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verlehnt.

Herren-Garderobehaus nur Friedrichstr. 127

Sonntags nur v. 12-2 Uhr geöffnet.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,



in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Gardinen — Stores — Künstler-Gardinen Bunte Garnituren.

Vornehme Muster, unerreicht billig.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.

Unsere Originalpreise sind verbürgt nur:

- | | |
|--|---|
| C. Rosenthaler Straße 2,
Rosenthaler Tor. | O. Gr. Frankfurter Str. 5-6
Ecke Fruchtstraße |
| S. Oranienstr. 37,
nahe Oranienplatz. | O. Niederbarnimstr. 13
Ecke Boxhagener Straße. |
| S. Kottbuser Damm 65
(Neukölln) nahe Hermannpl. | O. Grüner Weg 28
gegenüber der Markthalle |
- Spezialhaus allergrößten Stils mit Einzelverkauf. Sachgemäße Bedienung.

Achtung! Gewerkschaften Berlins und Umgegend!

In Anbetracht der am Sonntag, den 20. Oktober, mittags 1 Uhr, stattfindenden

Demonstration

der Arbeiterschaft Groß-Berlins ersuchen wir sämtliche Gewerkschaften, zu dieser Zeit von
jedweder anderen Veranstaltung Abstand zu nehmen und sich daran zu beteiligen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Heute verkaufen wir Seefische

zu nachfolgenden Preisen:

Schellfisch . . . pro Pfd. 28 Pf.	Seehecht . . . pro Pfd. 25 Pf.
Kabliau (ohne Kopf) . . . 28 .	Goldbarsch 25 .
Schollen 24 .	Knurrhahn 25 .

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

107/7

Der Vorstand.

Qualitäts: Cigarette



JUNO GOLD 2 Pfg.

Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ullster, Gehrockanzüge

Smokings auf Seide 30-70 M.

Versandhaus Germania

21. Unter den Linden 21.

Sonntags nur von 12-2 geöffnet.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stularten mit zehn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Sie sehen schlecht aus

mit schiefstehenden unmodernen Augengläsern! — Wollen Sie
kleidsame Augengläser tragen und gut damit sehen, so machen
Sie sich die Vorteile nutzbar, die Ihnen meine Geschäfte
bieten durch sorgfältiges Anpassen moderner korrekter Formen,
die Sie gut kleiden, durch genaues Untersuchen ihrer Augen
und Verordnen passender Gläser, durch zuvorkommende Be-
dienung und preiswerte gelungene Ware. Sie sollen so an-
spruchsvoll gestellt werden, daß auch Sie mich freudig gern em-
pfehlen werden, wie so viele andere. Hier ein Beispiel für viele:

„Als langjähriger Kunde wähle ich mich gedrungen, Ihnen
für die von Ihnen gelieferten Waren und Reparaturen meine
volle Zufriedenheit auszudrücken. Dies gilt sowohl in Bezug
auf Preise als auf Haltbarkeit, in Vergleich mit verschiedenen
namhaften anderen Geschäften.“

Hochachtungsvoll
Dr. Wrampelmayer, Charlottenburg, Kantstr. 122.

Optiker Ruhnke

- | | |
|---|--|
| Spittelmarkt
an der Untergrundbahn. | Alexanderplatz
neben Aschinger. |
| Oranien-Straße 44
gegenüber Max und Moritz | Link-Straße 1
Ecke Potsdamer Str. |
| Brunnen-Straße 12
nahe Invaliden-Str. | Chansee-Straße 72
neben Steins Warenhaus. |
| Taentzien-Straße 14 nahe der Kirche. | |



Brillen und Kneifer von M. 2.50 an.

Orts-Krankenkasse
für das Goldschmiede-Gewerbe
zu Berlin.

Einladung!

Am Sonnabend, den 26. Ok-
tober 1912, abends 8 1/2 Uhr,
findet eine

Außerordentliche General-Versammlung

sämtlicher Delegierten

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-
Wer 15 (Saal 5) l. h.

Tagesordnung:

1. Hochwichtige Beschlussfassung über
Zulassung unserer Klasse als besondere
Ortskrankenkasse nach der Reichs-
versicherungsordnung.
2. Änderung der §§ 12, 13, 20
und 30 unseres Statuts.
3. Verschiedenes. 279/8

Der Vorstand.

H. W.: Otto Almenninger,
Vorsitzender.

Die Einladungskarte legitimiert zum
Eintritt.

Orts-Krankenkasse

für

Ober-Schöneweide.

Am Dienstag, 5. November,

findet im Lokale des Herrn Warneke
hier selbst, Wilhelmminnenhof-Str. 18,
eine

Erstwahl

der Vertreter der Arbeitgeber und
Kassenmitglieder statt. Die Vertreter
der Arbeitgeber werden von diesen
in ungeteilter Wahlversammlung in
der Zeit von 3 bis 4 Uhr nach-
mittags gewählt; zu wählen sind
13 Vertreter. Die Vertreter der
Kassenmitglieder werden ebenfalls
in ungeteilter Wahlversammlung in
der Zeit von 5 bis 7 1/2 Uhr ge-
wählt; zu wählen sind 8 Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar ist
jedes Kassenmitglied, welches groß-
jährig und im Besitze der bürgerlichen
Stimmrechte ist. Jeder Arbeitgeber,
welcher Beiträge aus eigenen Mitteln
leistet, führt bei der Wahl eine Stimme.
Als Legitimation gilt der Mitglieds-
ausweis.

Am Dienstag, 19. November,
nachmittags 5 1/2 Uhr, findet im
Lokale des Herrn Warneke hier selbst,
Wilhelmminnenhofstraße 18, die

ordentl. Generalversammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und
Kassenmitglieder statt. Tagesordnung:

1. Bericht von der Jahresversam-
mlung der Krankenkassen in Rott-
furt.
2. Bericht von der Provinzial-
konferenz der Krankenkassen in Frank-
furt.
3. Diskussion.
4. Vortrag des
Herrn Neumann über die Reichs-
versicherungsordnung.
5. Diskussion.
6. Wahl der Revisionskommission.
7. Verschiedenes.
8. In geheimer
Wahlversammlung Erstwahl für die
ausgewählten Vorstandsmitglieder
Herrn: Sommer, d und Warneke
von den Arbeitgebern und Rimes
und Löhner von den Arbeitnehmern.
Als Legitimation gilt die Ein-
ladungskarte. 279/15

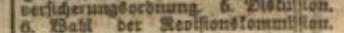
Berlin-Ober-Schöneweide,
den 15. Oktober 1912.

Der Vorstand.

Schneider, Wilke,
1. Vorsitzender, Schriftführer.

Den Vorwärts-Lesern

gewähre Rabatt.



Wundervoll gestickte

ab-Portièren

gapaße

(Webergardinen für Fenster
und Türen)

in Qualität M. pro Fenster:

Filztuch . . . 3,55 bis 10,50

Naturleinen . . . 3,55 bis 20,00

Velvetplüsch . . . 8,55 bis 78,00

Persisch (doppel-
seitig) . . . 6,75 bis 36,00

Kochelleinen . . . 6,75 bis 60,00

Pa. reinw. Tuch 16,50 bis 150,00

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil

Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.

Morgen Freitag, abends: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin!

Parteigenossen!

Nur bis 3 Uhr nachmittags am heutigen Tage liegen die Wählerlisten für die Arbeitgeberwahlen zum Gewerbegericht

im Wahlbureau, Poststraße 16, II, Zimmer 57, aus.

Die Wählerlisten enthalten merkwürdigerweise die Mehrzahl der Namen nicht, die Arbeitgeber und unsere Parteigenossen sind! So fehlen, wie man uns mitteilt, eine große Zahl kleiner Geschäftsleute, Gastwirte, Zeitungsredakteure usw. in der Liste, deren Aufnahme nach den gesetzlichen Bestimmungen unbedingt erforderlich wäre.

Als Arbeitgeber im Sinne der §§ 8 und 9 des Ortsstatuts gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter (Gesellen, Fabrikarbeiter, Lehrling) regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigt und den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt.

Gewerbetreibende wählen und sind wählbar als Arbeitgeber, wenn sie gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, anderenfalls als Arbeitnehmer.

Parteigenossen! Macht alle selbständigen Genossen und die wahlberechtigten Stellvertreter derselben auf ihre Pflicht aufmerksam.

Bis spätestens heute um 3 Uhr

die Listen im Wahlbureau einzusehen.

Morgen ist es zu spät!

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Freitag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung von allen Bezirken aus. Material bei Clement, Döppelstraße. Der Vorstand.

Berlin-Lichterfelde. Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Fr. Bahrendorf, Wäldstr. 7: Wichtige Besprechung sämtlicher Bezirke des westlichen Ortsteiles. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Freitag, den 18. Oktober, von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Die Teilnehmer an der am Sonntag, den 20. Oktober, stattfindenden Massen demonstration treffen sich pünktlich 11 Uhr vormittags in Wilhelmshof. 11 1/2 Uhr gemeinsamer Abmarsch nach Treptow. Die Bezirksleitung.

Adlershof. Am Freitag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung vom „Jugendheim“, Bismarckstr. 11, aus.

Britz-Budow. Die Bibliothek bleibt am Sonnabend des Kunstabends wegen geschlossen. Der Vorstand.

Dahlemer bei Joffen. Am Sonnabend, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, bei Wiese: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Friedrichshagen. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im Restaurant Lindengarten, Friedrichstr. 74, der Vortragskursus des Genossen Martin Kahle über: „Das klassische Zeitalter der deutschen Literatur.“ Der Kursus umfasst fünf Abende. Der Eintrittspreis beträgt für alle Vorträge 75 Pf. Für den Einzelvortrag werden Karten a 20 Pf. ausgeben. Der Bildungsausschuss.

Erlner. Heute Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Domnning, Friedrichstr. 69/70: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die Hausfrauen und Mütter im Kampfe gegen die Teuerung.“ Die Bezirksleitung.

Eichwalde-Schmuckwitz. Am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung über den gesamten Bezirk. Am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr: Treffpunkt im Restaurant „Sonsouci“. Abfahrt zur Demonstrationssammlung um 11.41 Uhr vom Bahnhof Eichwalde. Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, in Wittes Waldschlößchen: Große öffentliche Versammlung. Der Vorstand.

Vorsigtal-Wittenau. Am Freitag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 9 Uhr: Extrazusammenkunft sämtlicher Genossen und Genossinnen in den Vorsigtal-Waldschlößchen. Die Bezirksleitung.

Bezirk Waldmannstuf und Umgegend. Freitag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Franz-Buchholz. Freitag wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Tegel. Heute, Donnerstag, findet in Trapps Festhallen ein humoristischer Unterhaltungsabend der Hadenberg-Gesellschaft aus Eberfeld statt. Eintrittspreis 25 Pf. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Ein hervorragender Untergrundbahnhof

geht seiner Vollendung entgegen. Gegenwärtig noch abseits des Verkehrsgebietes gelegen, wird er in aller Stille ausgebaut und die Ueberraschung dürfte daher um so größer sein, wenn er im nächsten Frühjahr seine Pforten dem Publikum öffnen wird. Es ist der Bahnhof „Inselstraße“ der Untergrundbahnstrecke Spittelmarkt-Schönhauser Allee. Die örtlichen Verhältnisse — Enge der Wallstraße und Tiefenlage der Bahn, die sich hier zum Spreetunnel hinabzieht — bedingen die Wahl einer besonderen, von der bisherigen völlig abweichenden Konstruktion der Haltestelle. Diese nimmt fast die ganze Straßenbreite ein und mußte daher durch eine außergewöhnlich widerstandsfähige Umrahmung gegen Druck und Schub gesichert werden. Man wählte ein elliptisches Gewölbe, dessen Scheitelhöhe von dem 7 1/2 Meter breiten Bahnsteige aus mehr als fünf Meter mißt. Das jüngst abgerüstete Gewölbe macht schon jetzt einen imposanten Eindruck, und die in leichten Krümmung liegende weisse Halle wird auch durch die späteren Aufbauten kaum an Wirkung einbüßen, da keine Stütze den freien Ueberblick beeinträchtigt. Die Zugänge an der Neuen Köh- und an der

Inselstraße sind bis auf die Hintermauerung der Treppen fertig. Unter der Kreuzung der Inselstraße ist der Tunnel noch durch den fünf Meter breiten Damm abgeschlossen, der nach dem Wassereinbruch im März d. J. eingebaut werden mußte und erst nach Fertigstellung des Spreetunnels wieder entfernt werden kann.

Das Kinotheater im Dienste des Patriotismus. Am Brandenburger Tor waren gestern morgen große Vorbereitungen für eine kinematographische Aufnahme getroffen worden. Eine Korrespondenz berichtet über die „Aktion“ folgendes: Der Einzug einer preussischen Fürstin. Schon in den frühen Morgenstunden herrschte am Brandenburger Tor reges Leben und Treiben. Die Feuerwehre erschienen mit mehreren mechanischen Leitern am Plage und begannen die Nordseite des Brandenburger Tores mit grünen Girlanden zu bekränzen und die mächtigen Säulen in ein festliches Gewand zu hüllen. Ein nicht geringes Schuttmannsaufgebot sorgte für Aufrechterhaltung der Ordnung, denn zahllose Neugierige hatten sich auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor versammelt, um erstau den Vorbereitungen der Wehr zuzusehen. Die Verwunderung der Menge stieg, als plötzlich aus dem Hofe des Lattenfalls eine Schwadron Schillicher Husaren heranzitt und sich in der Königgräber Straße formierte. Auf dem Pariser Platz erschienen urplötzlich weißgeleibete Ehrenjungfrauen, blumenstreuende kleine Mädchen und eine Anzahl würdiger Herren mit goldener Amtsetze in Fräden, deren altmodischer Schnitt und deren selbstam geschweifte Ähnlender das Erkennen der Zuschauer hervorriefen und zu spöttlichen Bemerkungen herausforderten. Vor einer Tribüne hatte sich „viel Volks“ angeammelt, deren Kostüme ebenfalls aus dem Jahre 1793 zu sammen schienen. Durch alle diese Vorbereitungen neugierig gemacht, hatten sich schließlich einige tausend Personen auf dem Pariser Platz und vor dem Brandenburger Tor angeammelt. Endlich erschien der Festzug. Inmitten der Husaren folgte der goldene Galanogen heran, in dem zum letztenmal die deutsche Kronprinzessin ihren Einzug in Berlin gehalten hatte. Auf dem Pariser Platz hielt die Staatskassiere, die Inzassin, Fräulein Henri Anstiedt vom königlichen Schauspielhaus beugte sich heraus, der „Bürgermeister“ hielt eine Ansprache, während drei oder vier kinematographische Apparate ununterbrochen in Tätigkeit waren. Der Einzug der Fürstin war nämlich nichts weiter als eine feine Geschichte, mit großer Brunkenstellung in Szene gefetzte kinematographische Aufnahme, die eine heilige Gesellschaft für ihren Film: „Aus dem Leben der Königin Luise“ hatte aufnehmen lassen.

Von anderer Seite wird berichtet, daß der Kaiser der Deutschen Autofkop- und Biograph-Gesellschaft zu diesen Aufnahmen die historischen Wagen mit Pferden und passenden Gevähren aus dem Korkstall zur Verfügung gestellt haben soll. Zwei Schwadronen Kavallerie und eine Kompanie Infanterie in der historischen Tracht waren für die Kino-Aufnahme aufmarschiert. Der ganze Vorgang währte etwa eine Stunde. Die Polizei sperrte für kurze Zeit das Brandenburger Tor ab, um die Aufnahmen durch den Wagenverkehr nicht beeinträchtigen zu lassen.

Es wird immer schöner: Jetzt wird einer Privatgesellschaft schon die Feuerwehre und das Militär zur Verfügung gestellt, um „patriotische“ Aufnahmen zu machen.

Samariter am Sonntag im Treptower Park.

Die Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonnen begleiteten ihre Gruppen in vollständiger Ausrüstung nach den Versammlungen und melden sich daselbst am großen Verbandsgelb, falls ihnen andere Anweisungen nicht zugegangen sind.

Am die Gebühren

Ist es vielfach Personen zu tun, die sich mit Darlehens- und Stellenvermittlung befassen. Die „Welt am Montag“ brachte in ihrer letzten Nummer folgende Zuschrift: Ich las heute in der „Vösischen Zeitung“ nachstehendes Inserat:

Privatskretär.

Großindustrieller sucht per 1. 11. geeigneten Herrn für Bearbeitung der deutschen Korrespondenz. Sprachl. ertw. Gehalt 3000 bis 4000 M. Bewerber im Alter von 25 bis 35 J. mit Ia-Ref. wollen sich persönlich bei meinem Väterrevisor Widdels, Wabelsberger Straße 47 II, melden, 9-12, 3-6.

Ich ging zu dem Herrn Widdels hin und war nicht wenig erstaunt, als dieser Herr mir im Verlaufe des Gesprächs dem Sinne nach erklärte: Wenn Sie also sicher sind, daß die Auskunft, die ich über Sie einholen muß, gut ausfallen wird, so hätte Herr W. auf seine dahingehende Frage das in sichere Aussicht gestellt, dann werde ich Erkundigungen über Sie einholen, aber — Sie müssen mir vorher drei Mark für meine Vermählungen bezahlen. Als ich ihm sagte, daß es doch allen kaufmännischen Gepflogenheiten widerspreche, daß ein Bewerber um eine Stellung die Auskunftserteilung über ihn bezahle, da erklärte der Herr Väterrevisor mir: Ich verdiene daran gar nichts; das Honorar, das mir mein Auftraggeber für die Unterhandlung mit den Bewerbern bezahlt, genügt mir nicht, denn meine Zeit ist sehr teuer und meine Bureauräume kosten mich auch Geld.

Katzenfisch habe ich unter solchen Umständen auf alles weitere verzichtet, wäre aber doch neugierig zu erfahren: einmal, wie sich der „Auftraggeber“ zu diesem eigenartigen Verhalten des Herrn W. stellt und ferner — wie viel Auskünfte der Herr Väterrevisor einholen durfte.

Wir sind in der Lage, diese Mitteilung um einen anderen Fall zu ergänzen. Im „Berliner Tageblatt“ erschien in der Nummer vom 19. September folgendes Inserat:

Konto-Korrespondent-Versicherer, per 1. 10. ex. f. Aktiengesellschaft in Berlin. Geschäftsjahr 3-4. Anfangsgehalt 1800 M. Bewerber i. Alter von 22-25 Jahren wollen ausf. Off. mit Ref. an untern Väterrevisor Karl Widdels, Wilmersdorf, Wabelsberger Str. 47 II, nur schriftl. u. auf d. Postwege einreichen.

Ein Bewerber erhielt von Herrn Karl Widdels folgendes Antwortschreiben:

Ihre Offerte kann nur dann in den Entscheidungslauf gelangen, wenn ich eine Auskunft über Ihre Tätigkeiten beifügen kann. Ich stelle Ihnen daher anheim, für diesen Zweck einschließliche Korrespondenz 1,50 in Briefmarken einzuliefern. Weiterer Spesen entstehen Ihnen nicht, da mir in meiner Eigenschaft als Vertrauensmann ein Anspruch auf Provision nicht zusteht.

Besonders möchte ich Sie noch auf den großen Vorteil aufmerksam machen, der darin besteht, daß ich Ihre Offerte auch für andere Vakanzen bei meiner Kandidatur kostenfrei vorlege. Es liegt daher die Möglichkeit eines Erfolges vor.

Wachstumsboom

Karl Widdels, Väterrevisor.

Charakteristisch in den beiden Inseraten ist die Angabe von „meinem Väterrevisor“ und von „unserm Väterrevisor“. Die Wendungen müssen die Leser des Inserates in den Glauben versetzen, als wäre Herr Widdels ein Angestellter eines größeren Betriebes, für den er Leute sucht.

Herr Widdels hat anscheinend auch verschiedene Gebührenposten für die Auskunftsbefragung. Während für eine Stelle von 3000 bis 4000 M. 3 M. Gebühren erhoben, wird für eine Stelle mit einem Anfangsgehalt von 1800 M. 1,50 M. verlangt. Auch wir sind bereit zu erfahren, in welchem Umfange Herr Widdels die Stellenvermittlung betreibt.

Der Kgl. Schloßwächter der Orangerie als Sittlichkeitsatten-täter. Aus Potsdam wird berichtet:

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen, das in der Nacht vom 5. Juni in einem Laubengang des zum Orangeriepark gehörenden Privatgartens des Hausmarschalls des Kaisers, Freiherr v. Pander, verübt worden ist, vor gestern den Geschworenen am Potsdamer Landgericht zur Urteilsfindung unterbreitet. Der am 6. Oktober 1873 geborene kgl. Schloßwächter August Altendorf, der in Schwägerhaus an der historischen Mühle wohnt, war der vollendete Notzucht im Sinne des § 176 II. angeklagt. Altendorf hat drei Söhne im Alter von 10 bis 14 Jahren und befindet sich 9 Jahre im Schloßdienst. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Vertreter der Presse wurden zugelassen. Der Verhandlung wohnte in Begleitung des Landgerichtspräsidenten der Kammergerichtspräsident Heinroth bei. Zur Beweisführung wurden 25 Zeugen geladen und vernommen. Am 5. Juni passierte ein Sanitätssergeant mit seiner Frau den nordischen Garten. Auf einer Bank saßen beide in häßlichem Tete-a-tete, als plötzlich ein Mann aus dem Dunkel hervortrat und mit einer Laterne das Paar beleuchtete. Die beiden sahen im Lichtschein, daß der Mann einen Anhang und Schirmmütze trug, unter dem Umhang hoben sie die blauen Knöpfe einer Uniform aus. Der Unbekannte drohte mit Siftierung, ließ aber schließlich mit sich reden und wies dem Sergeanten den Weg über die Treppe zur Chauffee. Er erbot sich gleichzeitig, das Mädchen auf einem Umweg hinabzuleiten, damit sein Kollege, der oben stehe und ihm nicht wohlgefunnt wäre, nichts davon bemerke. Das Paar war dem vermeintlichen Helfer dankbar. Kaum hatte der Täter den Bräutigam entfernt, wurde er zu dem Mädchen zudringlich. Er preßte sie an sich und erzählte von einem anderen Mädchen, das sich in einer ähnlichen Situation erboten habe, ihm zu Willen zu sein. Immer deutlicher stellte er das An-sinnen an die Verzeiweltete. Als sie auf seine Zudringlichkeiten nicht eingehen wollte, schiderte er ihr in den absprechenden Farben die ihr bevorstehende Schande. Er drohte ihr, daß sie ins Justizhaus und Gefängnis und später unter Sittlichkeitskontrolle kommen würde. Während dieser Vorkathungen sahte er sie am Arm und geleitete sie durch das Nachtdunkel in einen Laubengang, wo er sich die Willkür gefügig machte. Nachher führte er sie zur Garten-pforte, und da sie verschlossen war, half er der Hülflosen über die Mauer. Inzwischen hatte der Bräutigam vergeblich seine Braut gesucht und weinend trotz er sie durch die Mauerbarriere laufen. Als er ihr ein Geständnis abgerungen, eilte er zu 2 Schülern, die ihm vorher suchen halfen und berichtete ihnen unter möglichst genauer Beschreibung der Person des Täters den Vorfal. Sogar die Schülereleute zweifelten nicht, daß nur der Schloßwächter von der Orangerie der Täter gewesen sein könne. Altendorf wurde mehrfach verhöört, bestritt aber bis gestern zur Urteilsfällung seine Schuld. Durch eine Reihe schlüssiger Umstände ist er schwer belastet. U. a. sollte er die Kontrollerle steden. Er hat das in der Nacht nicht getan. Ferner wechselte er seine Kleidung, indem er teils mit, teils ohne Mantel Zeugen entgegentrat. Für die Zeit der Tat 10% bis 11 Uhr fehlt ihm jedes Alibi. Der Angeklagte wurde von den beiden Hauptzeugen auf das bestimmteste rekonstruiert. Der Erste Staatsanwalt v. Pehinger beantragte das Schuldig der vollendeten Notzucht, da er an der Täterschaft des Angeklagten keinen Zweifel hegen könne. Er als berufener Hüter für Ordnung und Sittlichkeit wisse allein genau in dem Rechter Bescheid, er allein trage die Uniform, einen anderen Wächter gebe es nicht. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach vollendeter Notzucht, bejahten aber die Frage nach tätlicher Verleidigung. Altendorf wurde, über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehend, zu 1 Jahr Gefängnis wegen tätlicher Verleidigung verurteilt. Die vom Staatsanwalt beantragte sofortige Verhaftung wurde abgelehnt, da K. Familien-vater sei und sich der Straf Vollstreckung nicht entziehen würde.

Stellungs- und Mittellostigkeit haben den 29 Jahre alten Handlungsgehilfen Otto Friede aus der Rürnberger Straße 18 in den Tod getrieben. Der Mann kam aus Magdeburg hierher, um Stellung zu suchen. Einer Vermieterin, bei der er ein möbliertes Zimmer nahm, erzählte er, daß er schon Beschäftigung habe, weil er sonst das Zimmer nicht bekommen hätte. Mit der Riete ver-tröstete er die Frau auf die nächste Gehaltszahlung. Die Frau gab ihm auch wiederholt Mittag- und Abendbrot, weil er erzählte, daß ihm das Geld augenblicklich ausgegangen sei. Morgens ging Friede regelmäßig weg, als ob er sein Geschäft aufgesucht hätte. In Wirklichkeit suchte er jeden Tag Arbeit, aber heils umsonst. Unter-haltungen, die sein Vater und Verwandte und Bekannte ihm zu-kommen ließen, reichten auch für das Notwendigste nicht aus. Nach-dem seine letzte Bitte bei Verwandten fehlschlugen war, faufte er sich für den Rest von 10 M., die ihm der Vater geschickt hatte, einen Revolver und erschof sich Dienstag abend gegen 11 Uhr im Toilettenraum einer Schankwirtschaft in der Stralauer Allee. Als man ihn auffand, war er schon tot.

Der künftige Rechnungsrat Schuppli als Leiche gefunden. Der verschwundene Rechnungsrat der Akademie der Künste, Heinrich Schuppli, der, wie berichtet, vor kurzem nach Unterfällung von 30 000 M. Akademiegeldern aus Berlin verschwand, ist jetzt als Leiche gefunden worden. Es war von Anfang an damit gerechnet worden, daß der Verschwundene, der zuletzt in der Gegend von Fürstenberg in Mecklenburg gesehen wurde, Selbstmord verübt habe. Als der Gutbesitzer Thorstrassen von seinem Gut Ravensbrück bei Fürstenberg auf die Havelwiesen bei Ravensbrück ging, fand er dort, nicht weit vom Wege entfernt, die Leiche eines etwa 60 Jahre alten Mannes. Der Gutbesitzer war nur deshalb auf die Leiche zu-gegangen, weil er schon vor acht Tagen an derselben Stelle von weitem den Mann hatte liegen sehen. Damals nahm er an, es sei ein müder Handwerksbursche, der sich dort zum Schlafen niedergelegt hatte. Der Tote hat also acht Tage auf den Havelwiesen gelegen. In seiner Tasche fand man einen Zettel, auf dem die Worte standen: „Heinrich Schuppli, Berlin W.“ Neben dem Toten lagen eine Flasche, in der sich eine giftige Flüssigkeit befand, und eine Injektions-spritze. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Zwei Personen bei einem Deckeneinsturz verunglückt. Aus einem eigenartigen Unfall wurden gestern abend die Jäger 1. und 3. der Berliner Feuerwehre nach dem Schuhwarengeschäft von H. Dornsdorf in der Friedrichstraße 65 gerufen. Dort hatte sich eine Rabigbede, die unter der massiven Decke des Ladens ausgepannt war, aus ihren Befestigungen gelöst und war fast in ganzer Ausdehnung eingestürzt. Von den im Geschäft anwesenden Personen wurden die Verkäuferin Margarete Fleischer und ein Herr Dr. Timm durch herabfallende Stücke am Kopf leicht verletzt. Die Verunglückten wurden von den Samaritern der Feuerwehre in Behandlung genommen. Die Mannschaften hatten längere Zeit mit den Aufräumungsarbeiten zu tun. — Fast gleichzeitig wurde die Wehr nach der Fiedrichstraße 33 gerufen, wo eine Decke infolge Ueberladung von 300 Zentnern Verschloßen einzufallen drohte. Die Gefahr wurde hier durch Absteifen der Decke beseitigt. — Außerdem wurde gestern abend die Wehr nach der Wohnung des Kaufmanns Israelit gerufen, wo Feuer ausgebrochen war. Frau

Israelitisch erlitt schmerzhaft Brandwunden im Gesicht, die ihr von den Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden.

Feuerwehrbericht. Zweimal wurde am Dienstagabend die Berliner Feuerwehr nach der Schwarzkopffstraße 18 alarmiert. Erst brannten dort Möbel in einer Wohnung und dann im 1. Stock auf einem Korridor und in der Küche Türen, der Fußboden u. a. Es mußte tüchtig Wasser gegeben werden, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Auch nach der Landsberger Allee wurde die Wehr zweimal gerufen. In Nr. 2 brannte ein Zigarettenladen, Papier und altes Gerümpel waren hier in Brand geraten. In Nr. 11/13 brannte es in der Küche des böhmischen Krauhäuses. Der 13. Zug hatte in der Auguststraße 42 zu tun, wo eine Kaufmannswohnung in Flammen stand. Diese hatten bei Ankunft der Wehr schon den Dachstuhl ergriffen, so daß tüchtig gelöscht werden mußte. Im 3. Stock des Quergebäudes Langestraße 102 brannte eine Wohnung und in der Elisabethstraße 34 ein Drogenkeller.

Von einer Kraftdrohse überfahren und tödlich verletzt wurde gestern abend der 10 Jahre alte Schüler Karl Morgenroth aus der Pappelallee 5. Der Knabe spielte mit Kameraden an der Kreuzung der Pappel- und Schönhauser Allee unter den Bogen der dort errichteten Hochbahn. Als er auf die andere Straßenseite laufen wollte, überfuhr er durch den Brückenpfeiler das Herankommende einer Kraftdrohse. Er lief direkt in das von der Kastanienallee herkommende Automobil und wurde, ehe der Führer sein Paddel zum Stehen bringen konnte, überfahren und schwer verletzt. Er erlitt einen Schädelbruch, Brüche beider Unterschenkel und eine schwere Brustquetschung. Man brachte ihn zur Hilfsstation in der Gaudystraße. Nach Anlegung eines Notverbandes ordnete der Arzt seine Überführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain an. Hier liegt er hoffnungslos danieder.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorfer-Galasse.

Mit den Stadtverordnetenwahlen am 3. November beschäftigte sich eine vom Sozialdemokratischen Wahlverein einberufene Wollversammlung, die Dienstagabend im Stadtpark, Kaiserallee 51/52, abgehalten wurde. Genosse Dr. Breitscheid gab in wirkungsvoller Zusammenfassung ein Bild von den Sünden der Wilmerdorfer Kommunalpolitik. Wie die eigentlichen Reaktionskräfte, die in der großen Fraktion vereinigten Konservativen und National Liberalen, so geißelte der Redner auch die mit diesen verbündeten Fortschrittler in seinen scharf satirischen Ausführungen. Stadtverordneter Kiedel ergänzte das Referat durch Anführung eindrucksvoller Beispiele. Nachdem der Vorsitzende die sozialdemokratischen Kandidaturen zu den Stadtverordnetenwahlen bekannt gegeben hatte, schloß er die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung mit dem Appell, eifrig im sozialdemokratischen Sinne zu agitieren.

Am Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltete der örtliche Bildungsausschuß den ersten der für den Winter vorgesehenen Lichtbildervorträge im großen Saale des Viktoriagartens. Vortragsthema: „Die Papierfabrikation.“ Der Eintritt beträgt für Erwachsene 20 Pf. Der Vortragslustus des Genossen Däumig über: „Eine Wanderung durch 17 Jahrhunderte deutscher Literaturgeschichte“ beginnt am Montag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Viktoriagartens. Die Teilnehmerkarte kostet 10 Pf. pro Abend. Wir eruchen um guten Besuch dieser Veranstaltungen.

Rantwijk.

Der Rumpf eines Kindes, der in ein Paket eingewickelt war, ist gestern in der Steglitzer Straße von einem Arbeiter gefunden worden. Der Finder benachrichtigte die Polizei, und bei einer Absuchung des Geländes fand man noch ein Kleiderbündel, das wahrscheinlich mit dem Leichenfund in Verbindung zu bringen ist. Bei einer ärztlichen Untersuchung hat sich herausgestellt, daß die Gliedmaßen sowie der Kopf in recht ungeschickter Weise vom Rumpf losgetrennt worden sind.

Brig-Buckow.

Einen Kunstabend veranstaltete der hiesige Bildungsausschuß am Sonntagabend, den 19. Oktober, abends 9 Uhr, aus Anlaß des Stiftungsfestes des sozialdemokratischen Wahlvereins, in Debers Gesellschaftshaus, Chausseestraße 97. Darbietungen sind unter anderem: Nieder zur Laute und Rezitationen von Herrn und Frau Schmidt-Kahler. Außerdem hat der Brigier Arbeitergesangverein sich zur Mitwirkung bereit erklärt. Da der Eintrittspreis

für diese der Brigier Arbeiterkassette bisher noch nie gebotene künstlerische Veranstaltung nur 20 Pf. beträgt, so erwartet der Ausschuß eine rege Beteiligung.

Lichtenrade.

Zum 6. Male in diesem Jahre wählten am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 5-9 Uhr die Bürger von Lichtenrade zur Gemeindevorstellung. Arbeiter! Parteigenossen! Es ist nunmehr eure Aufgabe, mit aller Kraft für die Wahl des Genossen A. Nowig! Sorge zu tragen. Bringt auch den letzten Wahlberechtigten an den Wahlstisch. Desgleichen eruchen wir die Parteigenossen Groß-Berlins, soweit solche mit Lichtenrader Arbeiter zusammen beschäftigt sind, dieselben auf die am Freitag im Wirtschaftshaus Lichtenrade am Bahnhof stattfindende Stichwahl aufmerksam zu machen. Da noch nach der alten Liste gewählt wird, sind auch diejenigen stimmberichtig, die im April oder Oktober verzogen sind.

Röntgental, Zepernitz, Buch.

Die konstituierende Mitgliederversammlung der drei Ortschaften wurde am Sonntagabend im Lokale des Herrn Marg mit dem stimmungsvollen Liede: „Das heilige Feuer schüren wir“ vorgetragen vom Arbeitergesangverein „Freisch voran“, Röntgental, eingeleitet. Daraus ersetzte Genosse Lorenz den Bericht vom Chemnitzer Parteitag. Das einstündige Referat wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Alsdann fand die Wahl der Bezirksleitung und der erforderlichen Kommissionen statt. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende Genosse Schneider die Anwesenden, nun recht rege für den Ausbau des neuen Bezirks tätig zu sein. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und einem Gesangsvortrag: „Empor zum Licht“ fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Wirkentwerder.

Massnahmen gegen die Fleischsteuerung hat auch die hiesige Gemeinde getroffen. Unter großem Andrang des Publikums fand am Dienstagmorgen der erste von der Gemeinde eröffnete Seefischverkauf statt. Der Verkauf liegt in den Händen zweier Gemüsehändler, welche die Fische zu den von der Gemeinde festgesetzten Preisen (21 bis 29 Pf. pro Pfund) verkaufen. Als nächster Verkaufstag ist der heutige Donnerstag bestimmt worden. Da der Andrang jedenfalls wieder sehr stark werden wird, so ist zu empfehlen, sich möglichst schon vor dem auf 9 Uhr vormittags festgesetzten Verkaufsbeginn einzufinden.

Notwales.

Einem dreifachen Schwindler ist am Montagvormittag ein Landmann in die Hände gefallen, der auf dem hiesigen Postamt eine größere Geldsumme aufgeben wollte. Vor der Tür trat ihm ein etwa 18jähriger Bursche entgegen, der sich als Postbeamter vorstellte und ihm mitteilte, daß das Postamt geschlossen sei. Er erbot sich, das Geld persönlich aufzugeben und erhielt auch die Summe von 200 M. nebst Postanweisung und verschwand damit um die Ecke nach dem Posthofe zu. Der Ehefrau des Landmannes stiegen jedoch Zweifel an der Beamteneigenschaft des Burschen auf und sie veranlaßte daher ihren Mann, dem angeblichen Beamten zu folgen. Auf halbem Wege kam ihm der Bursche, der auf dem Posthof von einem Postbeamten angehalten worden war, bereits entgegengerannt und gab ihm auf dringendes Ersuchen das Geld wieder zurück. Ehe der vertrauensselige Landmann den Postbeamten über den Vorfall unterrichtet hatte, war der Betrüger bereits entkommen.

Potsdam.

Der nächste Besuch in der Mädchenkammer vor dem Gewerbegericht. Was mitunter den Dienstmädchen zugemutet wird, lehrt eine Verhandlung, die gestern wegen eines Restlohnstreites vor dem Potsdamer Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Assessors Kerlow stattfand. Gegen den Restaurateur Pätzsch, der den Mädchenpavillon bewirtschaftet, trat das Hausmädchen Anna M. als Klägerin auf. Sie beanspruchte 33,40 M. Restlohn. Die M. hatte am 23. September ihre Stellung als Hilfskraft im Gewerbebetrieb des Klägers verlassen, weil man ihr Handlungen, die wider die guten Sitten verstoßen, zugemutet hatte. In der Nacht zum 19. betrat der Sohn des P. mit seinem Freund, einem Kellner, die Mädchenstube. Während er selbst ein Dienstmädchen besuchte, wollte sein Freund bei der Klägerin zudringlich werden. Empört eilte sie aus dem Stübchen und verbarg sich solange, bis die beiden Freunde ihr Schlafgemach verlassen hatten. Die Klägerin behauptete, daß die ständigen Besuche des jungen Prinzipales bei ihrer Kollegin an der Tagesordnung gewesen wären. Sie selbst sei aber für derartige Visiten nicht empfänglich. Der Beklagte wollte nachweisen, daß die Klägerin nur einen Grund zum Verlassen der Stellung gesucht habe. Ihm habe die Klägerin niemals von den Vorfällen in der Kammer Mitteilung gemacht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Der Beklagte folgerte sogar, daß die M. gegen solche Besuche nichts

eingewendet haben würde, weil die Tür unverschlossen war. Die Klägerin wies diese Insinuation entkräftet zurück. Auf Grund eines Vergleiches, der dem Beklagten angetragen wurde, erhielt die Klägerin 25 M. Das Gericht hatte das Verlassen des Dienstes aus § 123, 7 für begründet angesehen.

Zpandan.

Zur Abhaltung einer großen Protestversammlung am Sonntag eruchen unsere Genossen in einer heute in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stehenden dringlichen Vorlage Magistrat und Stadtverordnete, den städtischen Turnplatz in der Feldstraße zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich verweigert die bürgerlichen Saalbesitzer die Vergabe ihrer Säle zu politischen Versammlungen.

Leve- und Diskutierklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Genossen Karl Bed, Samariterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 18. Oktober. Vortrag: Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Rotenfreunde“. Am Sonntag, den 20. Oktober, nach der Bekanntgabe: Treffpunkt Zepertower Sternwarte, Altmarsch nach Nieder-Schönweide bei Hermanns Hof, Berliner Str. 81. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

§. 37. 1. Jeder Zell 6,60 M. pro Monat. 2. Es kann beantragt werden, die Beiträge von 120 Beitragsmonaten abzuführen durch Einzahlung der entsprechenden Prämien (§ 395 Reichsversicherungsordnung). Das Mindesteinkommen würde, wenn alle Beiträge in derselben Gehaltsklasse geleistet sind, 396 M. jährlich betragen. 3. Rein. — **Berolina, Schöneberg.** Ja. — **R. W. 15.** 1. und 3. Es kann Beantragung wegen schädlicher Körperverletzung eintreten. 2. Ja. — **Geschäftskosten 13,50.** 1. und 2. Wenn der Vergleich bedingt geschlossen ist, ja, sonst nicht. — **P. S. 88.** Dazu können wir nicht raten. — **L. G. 10.** 1. u. 2. Die Unterhaltsklage ist durch den Vormund zu erheben. Falls ein solcher noch nicht bestellt ist, soll sich die Kindesmutter mit einem dahingehenden Antrag an das Vormundschaftsgericht wenden. 3. Antrag an die Baileiverwaltung Charlottenburg. — **G. S. 39.** Die Frage läßt sich nur nach Einsegnahme in den Mietsvertrag beantworten. — **H. 3.** Rein. —

Marktbericht von Berlin am 15. Oktober 1912. nach Ermittlung des Königl. Preisprüfungsamts. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldeböhen, weiße, 36,00—36,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,80—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Haie 1,60—3,20. Jander 1,60—3,60. Gerste 1,60—2,80. Barke 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Strebe 2,00—3,00.

Witterungsübersicht vom 16. Oktober 1912.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. G. 6-9 Uhr	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. G. 6-9 Uhr
Swinemünde	767	SB	2wolfig	7	Kabardanda	767	SD	2bedekt	2
Hamburg	768	SB	3bedekt	6	Petersburg	771	SD	1Regen	6
Berlin	768	S	1wolfig	7	Scilly	764	SESE	4wolfig	12
Kranf.a.R.	770	D	1Rebel	5	Aberdeen	757	SESE	3bedekt	11
München	770	D	2Rebel	7	Paris	768	SESE	bedekt	12
Wien	770	D	3heiter	7					

Wetterprognose für Donnerstag, den 17. Oktober 1912.

Mild, zunächst vorherrschend wolfig mit leichten Regenfällen und ziemlich lebhaften westlichen Winden; später wieder langsam aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	15.10.	14.10.	15.10.	14.10.		15.10.	14.10.	15.10.	14.10.
Remel, Müst	150	+7	150	+7	Saale, Großh.	82	-2	82	-2
Bregel, Unterburg	-25	-3	-25	-3	Havel, Spandau ¹⁾	36	0	36	0
Reichel, Thorn	168	0	168	0	Kaifsenow ²⁾	30	0	30	0
Oder, Ratibor	154	-2	154	-2	Spree, Spremberg ³⁾	96	0	96	0
Strosen	162	-5	162	-5	Beslow	79	-1	79	-1
Frankfurt	163	-1	163	-1	Weser, Minden	130	-6	130	-6
Warthe, Schrimm	26	-6	26	-6	Winden	204	-2	204	-2
Landesberg	0	+1	0	+1	Rhein, Maximilianbau	382	-6	382	-6
Rege, Boddam	-10	-4	-10	-4	Raub	179	-7	179	-7
Elbe, Zeimertig	18	-4	18	-4	Rhin	163	-6	163	-6
Dresden	-104	-6	-104	-6	Redar, Weidbrom	60	-5	60	-5
Barby	161	-6	161	-6	Rain, Qunau	126	0	126	0
Magdeburg	130	-3	130	-3	Raue, Trier	31	-1	31	-1

¹⁾ + bedeutet Hochs. — ²⁾ — ³⁾ Unterbezel.

Ist's Ihnen schon aufgefallen?

Wir offerieren nicht alle paar Tage eine „Nie wiederkehrende Gelegenheit“. Wir bemessen unsere Preise nicht nach dem Aussehen unserer Kundschaft!

Im Gegenteil!

Bei uns bietet jeder Tag dieselbe Gelegenheit, besonders gut, besonders billig zu kaufen. Und ein und derselbe staunend billige Preis gilt für alle!

Damen-Ulster offen u. geschloss. zu tragen 1175 1350 1575 1800 2250

Kinder-Mäntel in sehr reicher Auswahl 275 400 550 775 950

Königstrasse
33
Bhf. Alexanderpl.

C & A

Chausseestr.
113
Ecke Invalidenstr.

BRENNINKMEYER GMBH

Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinder-Konfektion

Phänomen-Gold Feinste Cigarette **Specialmarke Phänomen-Club 3 Pf.**

Neu!

MAGGI'S Spargel-Suppe



1 Würfel 10 Pfg.

ist wirklich delikats!

Theater.

Donnerstag, 17. Oktober 1912.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Ein Waffen-

Deutschs. König Heinrich IV.

1. Teil.

Zirkus Albert Schumann. Gala-

Vorstellung.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Aufs Rattenhorn.

Hörspiel: Konstruktions-Ingenieur

U. Kessler: Thomas- und Martin-

Stahlwerke.

Kgl. Opernhaus. Salome.

Mammerspiele. Mein Freund Teddy.

Leitung. Hedda Gabler.

Schiller O. Des Piarres Tochter

von Streladorf.

Schiller-Charlottenburg. König

Lear.

Reines. Magdalena.

Deutsches Schauspielhaus. Der

gütliche Bräutigam.

Kroll. Der Barographenschuster.

Berliner. Ohne Rollen.

Königgrätzer Straße. Die fünf

Bräutigame.

Reißens. Der Herr von Nr. 19.

Thalia. Katalinchen.

Theater am Nollendorfplatz. Or-

pheus in der Unterwelt.

Nur für den Oper. Der Aufbruch.

Monte Operetten. Goldener Leuch-

ten.

Komödienhaus. Die Paria.

Luise. Die gelbe Gefahr.

Wise. Von Stufe zu Stufe.

Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich

allein.

Metropol. Chauffeur — ins

Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.

Casino. Der Großfürst.

Reichshallen. Die Nacht der Töne.

Königgrätzer Straße. Die fünf

Bräutigame.

Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich

allein.

Metropol. Chauffeur — ins

Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.

Casino. Der Großfürst.

Reichshallen. Die Nacht der Töne.

Königgrätzer Straße. Die fünf

Bräutigame.

Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich

allein.

Metropol. Chauffeur — ins

Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.

Casino. Der Großfürst.

Reichshallen. Die Nacht der Töne.

Königgrätzer Straße. Die fünf

Bräutigame.

Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich

allein.

Metropol. Chauffeur — ins

Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.

Casino. Der Großfürst.

Reichshallen. Die Nacht der Töne.

Königgrätzer Straße. Die fünf

Bräutigame.

Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich

allein.

Metropol. Chauffeur — ins

Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.

Casino. Der Großfürst.

Reichshallen. Die Nacht der Töne.

Freie Volksbühne

Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:

Ordner-Sitzung.

Freitag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
Herr Schriftsteller Rudolf Breitscheid über
Wagners „Parsifal“ und der Kunstkapitalismus.

Geschäfts- und Kassabericht des Vorstandes. Bericht der
Revisoren. Diskussion.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitglieds-
karte gestattet.

Sonnabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr,
in den Konkordia-Festsälen:

Herbst-fest.

Postmarken vom 1. November ab in den Zahlstellen.

Abend-Abteilungen.

Nächste Aufführungen 8 Uhr abends
am 21. und 28. Oktober, 4. und 11. November
im Deutschen Schauspielhaus:

Der gutsitzende Frack.

Satirische Komödie von Gabriel Droegely.

Nur zu den Abend-Abteilungen sind in den
Zahlstellen noch einige Mitgliedskarten erhältlich.

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Montis Operetten-Theater

(früher Neues Theater)
8 Uhr: Goldener Leuchtturm.
Sonnab., 3. u. 1. Mal: Der Frauenschmerz.

Luisen-Theater.

Donnerstag: Die gelbe Gefahr.
Freitag: Die Weinidyllen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Zwerg Nase.
Sonntag, den 20. Okt.: Premiere:
Des andern Ehre.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Kaudern gestattet.
Chauffeur — ins Metropol!

Größe Jahresrennen mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von J. Freund.
Nacht u. Tag. Neben. Tänze arrang.
von Emil Bühler. In Szene gesetzt
vom Direktor R. Schulz.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr
Nie das wessener Erfolg!
Luzy König, Wiener Soubrette.
M. Juanita, Tanz-Idylle.
Sensationeller Lacherfolg!
Bernhard Mörbitz
als Ehepaar Pletsch
und 8 weitere Attraktionen.

Bierecabaret

im Lichtpranksale
der Passage.
Jeden Abend 1/9 Uhr:
Hermann
Funke
Hansy Petra
Putzi Cassani
Mizzi Dreisel
Werner Goldmann
Otto Bellmann
20 Künstlerinnen u. Künstler.
Einheitspreis 1 M.

„Clou“

Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute! Großes Doppel-Konzert. Heute!

Berliner Konzerthaus-Orchester

Dirig.: Fra.
v. Blon, Komp.
Dirigent:
Musik. Kaiser Alexander-Regts.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 18. Okt.: Gastspiel von Serafin Alschansky,
Posaunen-Virtuose und Komponist.

Passage-Panoptikum

RAPPO
der größte Entfesselungs-
künstler der Zeit.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
die anatom. Unmöglichkeit.
Lehend! Ohne Extra-Entree!

UT

Union-Theater

Nur noch heute und morgen:
Die
eiserne
Hand
Kunstfilm aus dem
Französischen.
Caruso-Gesänge.
Außerdem die ungekürzten
Programme.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. i. Berliner Reichstagswahlkr.

Herbst-Fest Sonntag, den 20. Oktober 1912, abends 6 Uhr,
im Marinehaus, Brandenburger Ufer,
an der Weisenbrücke.

Volkslieder-Abend.

Berliner Vokalquartett: Eva Leßmann, Martha Stapelfeldt,
Richard Fischer, Eugen Brieger. — Fritz Becker, Cello. —
Gertrud Steiner-Rothstein, Geige. — Fritz Lindemann,
Klavier. — Festrede: Landtagsabg. Heinrich Ströbel :::

Nach dem Konzert: Tanz. Herren, die daran teilnehmen,
— zahlen 50 Pfennig nach. —

Um zahlreichen Besuch bittet
Saalöffnung 5 Uhr. — Eintritt 40 Pfennig.
208/13* Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde.

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“,
Sophienstraße 18:

Richard Wagner-Abend.

Öffentlicher Vortrag von Dr. Max Brie
mit ergänzenden gesanglichen und musikalischen Einlagen.
Gesang: Fr. Elise Himmel-Mancke. Harmonium: Organist Hr. Ernst Himmel.

Kein Garderobenzwang! Programm auf den Billetts. Eintrittspreis 30 Pf.

Billetts sind zu haben: Geschäftsstelle Pappel-Allee 15-17.
H. Pooge, Rüdersdorfer Straße 48; A. Wendt, Neukölln,
Münchener Straße 22; A. Röder, Rodenbergstraße 29.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:

Aufs Matterhorn!

Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-
Ingenieur A. Kessler: Thomas-
und Martinstahlwerke.

Herrnfeld

Theater
8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität

Die Alpenbrüder.

10 Uhr:
Endlich allein!

Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Voigt-Theater.

Donnerstag, den 17. Oktober 1912:
Gastspiel in Puhlmanns Theater,
Schönhauser Allee 148:

Graf und Hirtin.

Romant. Volkst. in 3 Akt. v. Wilhelm
Kraft. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Eröffnung der Winter-
saison. Gr. Orchester.
Dirig.: R. Schrader.

Die Nacht
der Töne.
Büchse
b. Kessel.
Anf. 8 Uhr.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 17. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung.

Houdini
das Tagesgespräch von Berlin.
Das Kriegsschiff d. Zukunft.
(Ingenieur H. Bohle).
Lenkung ohne Bemannung
durch drahtlose Stromzufüh-
rung. Projektilschleuderung
auf Kriegsschiffe.

Unter Gorillas.

Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. Riesen-Lacherfolg des
lustigen Stückes
Der Großfürst.

Casino-Theater

Goldgraber Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. Riesen-Lacherfolg des
lustigen Stückes
Der Großfürst.

Theater Königstadt-Casino.

Polzmarktstr. 72. Jede Abend-
1 Min. v. Bahn. Samstags-
Tägl. abends 8, Sonntag 5 Uhr:
Das große Novitäten-Pro-
gramm und
Papa ist krank.
Große Woffe in 1 Akt.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.
64 Andreasstr. 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten
und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fascher
mit vollständig
neuem Programm
Anfang 8 Uhr.
Nach der Frei-Tanz.
Soiree:
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Zirkus A. Schumann

Heute Donnerstag, 17. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Galavorstellung.

U. a.: Bowden & Gardey,
komische Radfahrer. Der singende
Clown Jansel. Mr. Hawkins mit
seinen dressierten Hunden, u.
das übrige Glanzprogramm.

Der unsichtbare Mensch.

Vier Bilder aus Indien.
1. Der Ausgestoßene. 2. Der Vagin
im helligen Dschungel. 3. Das Opfer
der Kall. 4. Das Fest des Maharad-
schah sowie der Brand d. Palastes.

Folies Caprice.

Sum 47. Platz
Die drei Schläger:
Der teuflische Joseph.
Der Rebhuhn.
Der Einbrecher.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
C. Nible.

Humor-Quartett

Ant. 18. Berliner No. 8529
Gg. Treuer Kastanienallee 60

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Von Stufe zu Stufe.

Lebensbild mit Gesang und Tanz in
6 Bildern von Hugo Häfner.
Freitag: Ein Sommernachtsstraum.

Neu eröffnet Café Leitmeyer

Petersburger Straße, Ecke der Frankfurter Allee.

Auf das modernste ausgebaut und vergrößert. — Parterre, I. Etage. —
Gesellschaftszimmer für 100 Personen • Erstklassiges Künstler-Konzert • Tag und Nacht geöffnet.

